

10/1998

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Ein wichtiger Tag für Europa

Eine umfassende Prüfung aller vorliegenden Berichte und Daten hat Bundeskanzler Helmut Kohl bis zur endgültigen Entscheidung über die Einführung des EUROS zugesagt. Dadurch soll gewährleistet sein, daß die am 2. Mai anstehende Entscheidung über den Teilnehmerkreis der Währungsunion „mit allergrößter Sorgfalt“ vorbereitet und getroffen wird.

Der Bundeskanzler reagierte damit auf die Empfehlung der Brüsseler EU-Kommission, wonach sich durch Erfüllung der Stabilitätskriterien von Maastricht elf Länder für die Teilnahme am EURO qualifiziert haben: Deutschland, Belgien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien.

Eins der größten Ereignisse der europäischen Geschichte hat Kommissionspräsident Jacques Santer die Währungsunion genannt und festgestellt: „Wir können nun mit Vertrauen ins 21. Jahrhundert schreiten.“

Zur Politik der europäischen Einigung gebe es "keine vernünftige und verantwortbare Alternative", erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl. Daß heute elf Länder als künftige Teilnehmer der Währungsunion benannt worden sind, mache den 25. März 1998 zu einem „wichtigen Tag für Europa“.

HEUTE AKTUELL

● Schleswig-Holstein

Peter Kurt Würzbach zum Ergebnis der Kommunalwahlen: Rot-Grün verliert an Boden, CDU und FDP legen 2 Prozent zu. Seite 2

Vorläufiges amtliches Endergebnis. Seit 4-9

● Benzinpreis

Die Mehrausgaben, die die Forderungen der Grünen nach sich ziehen würden. Seite 10

„Jetzt durchstarten“. Aktion der Berliner CDU. Seite 13

● Castor-Transporte

Clement verkennt seine politische Verantwortung. Seite 15

● Vor der Bundestagswahl am 27. September

Bundeskanzler Helmut Kohl: Unsere Reformen zeigen Wirkung. Seite 17

● Fachkonferenz

Wolfgang Schäuble: Deutschland – ein guter Wirtschaftsstandort. Seite 22

● UiD Extra

UiD im Wahlkampf. Innenteil

Kurz & gut

20.000 neue Jobs

Die Maschinenbau-Branche wird in diesem Jahr nach Einschätzung ihres Fachverbands die Produktion um sechs Prozent steigern können. Aufgrund der lebhaften Auslandsnachfrage, des verbesserten Inlandsgeschäfts und guter Kapazitätsauslastung rechnet der Verband auch mit einer Zunahme der Beschäftigten um 20.000. Verbandspräsident Michael Rogowski: „Wenn es gut läuft, können es auch 30.000 sein.“

In die Betriebs- erweiterung

will die Papenburger Meyer-Werft noch in diesem Jahr 150 Millionen Mark investieren und damit gut 200 Arbeitsplätze schaffen. Wie Wertbesitzer Bernard Meyer ankündigte, soll das vorhandene Baudock zur längsten Schiffsbauhalle der Welt vergrößert werden.

Das Erneuern von Heizungsanlagen

kann nach Einschätzung von Angela Merkel 13.000 neue Arbeitsplätze bringen. Im Zuge der seit November 1996 geltenden neuen Kleinf Feuerungsanlagen-Verordnung erwartet die Bundesumweltministerin einen entsprechenden Modernisierungsschub. Experten sehen in der gesamten Altbauenergie ein Beschäftigungspotential von jährlich 75.000 Arbeitsplätzen.

Eine großartige Werbung

für den Behindertensport sieht der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert, in den Paralympischen Winterspielen in Nagano. Besonders erfreulich: Die deutsche Mannschaft hat mit hervorragenden Leistungen ihren internationalen Spitzenplatz behauptet.

Das wäre Selbstmord für den Standort Deutschland

Hochgradig gefährdet wären die rund 800.000 Arbeitsplätze im deutschen Kfz-Gewerbe, wenn die im Wahlprogramm der Grünen aufgestellte Forderung um-

gesetzt würde, nach der der Liter Benzin künftig fünf Mark kosten soll. Auf jeden einzelnen Autofahrer kämen nicht bezahlbare Belastungen zu.

Schon bei einer Anhebung der Mineralölsteuer um 50 Pfennig würde sich die Benzinrechnung durchschnittlich um 675 Mark im Jahr erhöhen.

Bei einem Benzinpreis von fünf Mark pro Liter ergäbe sich eine jährliche Zusatzbelastung von 4.500 Mark. Der Rechnung zugrunde gelegt sind 15.000 km

Jahresfahrleistung und neun Liter Benzinverbrauch je 100 Kilometer. Besonders betroffen durch die Erhöhung: Pendler aus dem ländlichen Raum.

NRW

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
10**

„Das rot-grüne Projekt in NRW ist gescheitert, und Johannes Rau ist das erste Opfer einer Koalition, die er selbst gar nicht wollte.“

Norbert Blüm zur Rücktrittserklärung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten

Sachsen-Anhalt braucht den Kurswechsel CDU läutet heiße Wahlkampf-Phase ein

„Wir sind auf dem richtigen Weg. Aber wir müssen kämpfen“, rief unter großem Beifall der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, den mehr als 1.200 CDU-Mitgliedern, Freunden und Gästen zu, die am 14. März ins Festzelt im Magdeburger Herrenkrug zum Wahlkampfauftritt gekommen waren.

Jeder müsse seinen Beitrag zum Gelingen leisten und in den vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern klarmachen: Sachsen-Anhalt muß den Boden wieder gutmachen, den das Land unter Höppner in den letzten vier Jahren verloren hat.

Verantwortlich für hohe Verschuldung

„Herr Höppner hat seine Wahlversprechen nicht gehalten!“ Mit diesem Vorwurf fragte Christoph Bergner, Spitzenkandidat für die Landtagswahl, nach den neuen Arbeitsplätzen, die die SPD im letzten Landtagswahlkampf in Aussicht gestellt hatte. Weitere Arbeitsplätze sind seitdem verloren gegangen. Statt Investitionen zu fördern, habe die SPD-geführte Landesregierung wachstumshemmende Gesetze beschlossen, unsolide Haushaltspolitik und hohe Verschuldung zu verantworten.

Zukunft und Chancen der jungen Generation wurden leichtfertig vertan.

Eine Signalwirkung wird von dem Wahlkampfauftritt ausgehen – so Bergner – und hoffentlich vor allem diejenigen dazu bewegen, zur Wahl zu gehen, die sich bisher noch nicht entschieden haben.

Die CDU steht zusammen

Unter großem Beifall der Anwesenden bekräftigte der Spitzenkandidat: „Die CDU steht zusammen, gerade wenn der Wind draußen besonders scharf weht. Wir stehen zu Helmut Kohl, dem Kanzler der deutschen Einheit.“

Mit scharfen Worten griff auch der CDU-Landesvorsitzende, Karl-Heinz Daehre, den amtierenden Ministerpräsidenten an: In vier Jahren habe er Sachsen-Anhalt die höchste Arbeitslosigkeit aller Bundesländer beschert und lasse nicht erkennen, wie er vertane Chancen und verlorene Zeit wieder wettmachen wolle.

Daehre rief die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt auf, daraus die Konsequenzen zu ziehen, sich in großer Zahl an der Wahl zu beteiligen und den Kurswechsel im Land am 26. April möglich zu machen.

Mit großer Zustimmung

und 283 von 289 Stimmen ist Helmut Kohl erneut auf Platz 1 der Landesliste der rheinland-pfälzischen CDU gewählt worden. Begeistert reagierten die Delegierten der Landesvertreterversammlung auf seine Ankündigung, die

Bundestagswahl am 27. September werde ein Plebiszit über die Zukunftsfähigkeit Deutschlands sein. Landesvorsitzender Christoph Böhr: Der Bundeskanzler kann mit unserer vollen Unterstützung rechnen.

Klares Ja zum Auto

Die Bundesregierung bekenne sich zu individueller Mobilität. Deutschland bleibe ein zuverlässiger Partner für Investoren. Mit dieser Zusage hat der Bundeskanzler seine Grüße an Unternehmensleitung und Belegschaft

der Adam Opel AG verbunden. Anlaß: Eröffnung eines neuen Verwaltungsgebäudes. Helmut Kohl: Die Entscheidung für den Neubaue in Rüsselsheim ist auch eine Entscheidung für den Standort Deutschland.

Peter Kurt Würzbach zur Kommunalwahl:

Rot-Grün verliert an Boden, CDU und FDP legen zwei Prozent zu

„Das vielbeschworene Signal für einen Bonner Wechsel ist ausgeblieben. Die Schleswig-Holsteiner haben Rot-Grün einen Dämpfer erteilt.“ Das erklärte der CDU-Landesvorsitzende, Peter Kurt Würzbach, zum Ergebnis der Kommunalwahl.

Rot-Grün habe trotz eines Höhenfluges in den bundesweiten Umfragen in Schleswig-Holstein ein Minus-Ergebnis eingefahren. Während SPD und Grüne 0,6 Prozent verloren hätten, sei es CDU und FDP gelungen, 2 Prozent zuzulegen. „Das sozialdemokratische Stimmungshoch nach der Niedersachsenwahl kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Rot-Grün an Boden verliert“, so der CDU-Landeschef.

Die CDU habe gezeigt, daß sie den Negativ-Trend umkehren könne. „Das Ergebnis zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Kurs sind“, sagte Würzbach. „Klare Sprache, Bürgernähe und zukunftsweisende

Politik zahlen sich aus. Es geht weiter aufwärts mit der schleswig-holsteinischen CDU.“ Zudem sei es der Partei gelungen, jene Themen in den Mittelpunkt in der landespolitischen Auseinandersetzung zu rücken, die die Bürger am stärksten bedrücken.

„Arbeitslosigkeit kann nicht mit einem lähmenden Regierungsstreit um das wichtigste Verkehrsprojekt der Zukunft – die A 20 – bekämpft werden. Umweltschutz kann nicht durch rot-grünen Dirigismus erzwungen werden, sondern muß mit den Menschen praktiziert werden. Kriminalität läßt sich nicht wegdiskutieren, sondern muß energisch bekämpft werden.“ Die erkennbaren Schwächen der Landesregierung auf diesen Feldern hätten die Wähler vor allem bei den Grünen bestraft. „Dem rot-grünen Modell von Schleswig-Holstein fehlt jede Strahlkraft und jede Fähigkeit zur Zukunftsgestaltung.“

Peter Hintze: Ein ermutigendes Signal

Generalsekretär Peter Hintze zum Ausgang der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein:

Ich gratuliere dem CDU-Landesvorsitzenden in Schleswig-Holstein, Peter Kurt Würzbach, und den Kandidatinnen und Kandidaten zum Erfolg. Es ist ein ermutigendes Signal, daß die CDU bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein ihr Ergebnis verbessern konnte. Der Medienrummel im Nachklang der Nie-

dersachsen-Wahl hat die Wähler in Schleswig-Holstein nicht beeindruckt. Sie haben einen kühlen Kopf bewahrt.

Im linken Lager hat ein Stimmentausch zu Lasten der Grünen stattgefunden, deren absurde Parteitagebschlüsse die Wähler ablehnen. Wir werden auch in den kommenden Wochen rot-grüne Politikinhalt weiter anprangern und bei den Wählern für unseren Zukunftsentwurf werben.

Die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 22. März 1998

– Vorläufiges amtliches Endergebniss –

	<u>Kommunalwahl</u> Schleswig-Holstein 1998		<u>Kommunalwahl</u> Schleswig-Holstein 1994		Differenz
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	2.196.593		2.093.895		
Wahlbeteiligung	1.379.416	62,8	1.476.237	70,5	-7,7
gültige Stimmen	1.355.990		1.448.754		
SPD	575.399	42,4	572.455	39,5	+2,9
CDU	530.366	39,1	542.977	37,5	+1,6
Bündnis 90/Die Grünen	91.910	6,8	148.980	10,3	-3,5
FDP	65.156	4,8	63.960	4,4	+0,4
Wählergruppen	49.487	3,6	55.516	3,8	-0,2
SSW	38.713	2,9	37.925	2,6	+0,3
STATT Partei	4.402	0,3	11.961	0,8	-0,5
Ökologisch-Demokra. Partei	267	0,0			0,0
NATURGESETZ Partei	63	0,0			0,0
Sonstige	227	0,0	14.980	1,1	-1,1

Ergebnisse der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein seit 1959

Jahr	Wahlbet.	CDU	SPD	FDP	SSW	Grüne	WGR
1959	76,1	39,9	36,9	8,9	2,9	-	-
1962	71,2	42,3	38,3	10,7	2,5	-	0,6
1966	68,7	45,1	39,8	9,8	2,2	-	2,2
1970	72,3	45,4	43,5	5,7	1,7	-	1,2
1974	79,2	53,1	35,6	9,0	1,6	-	0,3
1978	78,3	49,2	40,5	7,3	1,7	-	0,7
1982	73,8	50,1	34,6	6,8	1,8	3,9	2,4
1986	68,7	44,2	40,2	4,4	1,7	7,4	1,7
1990	69,4	41,3	42,9	6,1	1,6	6,0	1,2
1994	70,5	37,5	39,5	4,4	2,6	10,3	3,8
1998	62,8	39,1	42,4	4,8	2,9	6,8	3,6
Diff.	-7,7	+1,6	+2,9	+0,4	+0,3	-3,5	-0,2

Kommunalwahl
 Schleswig-Holstein 1998

Kommunalwahl
 Schleswig-Holstein 1994

Bundestagswahl 1994

Europawahl 1994

Landtagswahl Schleswig-
 Holstein 1996

(Zweitstimmen)

	Anzahl	%	Anzahl	%	Differenz	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	2.196.593		2.093.895			2.113.279		2.110.508		2.112.522	
Wahlbeteiligung	1.379.416	62,8	1.476.237	70,5	-7,7	1.708.851	80,9	1.083.713	51,3	1.516.309	71,8
gültige Stimmen	1.355.990		1.448.754			1.693.157		1.071.158		1.502.088	

SPD	575.399	42,4	572.455	39,5	+2,9	670.791	39,6	380.506	35,5	597.751	39,8
CDU	530.366	39,1	542.977	37,5	+1,6	702.367	41,5	434.376	40,6	559.107	37,2
Grüne	91.910	6,8	148.980	10,3	-3,5	140.353	8,3	127.480	11,9	121.939	8,1
FDP	65.156	4,8	63.960	4,4	+0,4	126.036	7,4	40.879	3,8	86.227	5,7
WGR	49.487	3,6	55.516	3,8	-0,2						
SSW	38.713	2,9	37.925	2,6	+0,3						
STATT	4.402	0,3	11.961	0,8	-0,5						
ÖDP	267	0,0						8.807	0,8		
Natur	63	0,0						4.096	0,4	1.581	0,1
Sonstige	227	0,0	14.980	1,1	-1,1	45.236	2,7	71.518	6,7	97.198	6,5

Die Abkürzungen bedeuten:

- CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands
- FDP Freie Demokratische Partei
- Grüne BÜNDNIS 90/ Die Grünen
- Natur DIE NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
- ÖDP Ökologisch-Demokratische Partei
- SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- SSW Südschleswigscher Wählerverband
- Statt STATT Partei
- WGR Wählergruppen
- KWSH Kommunalwahl Schleswig-Holstein
- BW Bundestagswahl
- EW Europawahl
- LSWH Landtagswahl Schleswig-Holstein

Eine Kommunalwahl in Schleswig-Holstein, 1998, ist, vorzuziehen zu anderen Wahlen

Kommunalwahl Schleswig-Holstein 1998

Ergebnisse nach Wahlkreisen

	Wahlbet.		SPD	CDU	Grüne	FDP	WGR	SSW STATT	ÖDP	Natur	Sonst
Dithmarschen (5)											
KWSH98	66,7	<u>39,6</u>	<u>41,0</u>	3,6	3,9	11,9					0,0
KWSH94	72,4	<u>39,5</u>	<u>39,7</u>	6,1	3,3	11,4					0,0
Differenz		+0,1	+1,3	-2,5	+0,6	+0,5					2,6
BW94	79,5	39,0	45,3	6,0	7,1						7,0
LWSH96	71,3	40,0	41,3	5,8	5,9						
Flensburg (1)											
KWSH98	53,2	<u>34,3</u>	<u>31,2</u>	5,8	2,4	0,2	26,1				0,0
KWSH94	63,2	<u>34,7</u>	28,4	8,9	2,2		25,9				0,0
Differenz		-0,4	+2,8	-3,1	+0,2	+0,2	+0,2				3,4
BW94	75,9	46,6	34,4	9,0	6,6						4,8
LWSH96	66,2	33,8	29,0	7,8	3,7		20,9				
Herzogtum Lauenburg (6)											
KWSH98	65,4	<u>44,4</u>	<u>41,2</u>	7,5	6,9						2,8
KWSH94	73,2	<u>40,7</u>	39,5	11,1	5,9						-2,8
Differenz		+3,7	+1,7	-3,6	+1,0						3,7
BW94	82,7	36,4	43,6	8,5	7,7						8,2
LWSH96	72,2	37,8	38,6	9,1	6,3						
Kiel (2)											
KWSH98	53,6	<u>47,8</u>	<u>31,4</u>	9,6	3,1	6,9	1,1				0,2
KWSH94	64,7	<u>39,4</u>	31,1	15,2	3,9	9,6	0,9				0,0
Differenz		+8,4	+0,3	-5,6	-0,8	-2,7	+0,2				+0,2
BW94	78,6	44,5	33,2	11,9	6,2						4,1
LWSH96	70,5	44,6	30,1	11,6	5,7		1,4				6,5

	Wahlbet.	SPD	CDU	Grüne	FDP	WGR	SSW STATT	ÖDP	Natur	Sonst
Lübeck (3)										
KWSH98	57,2	41,2	38,1	7,8	3,0	8,0	1,6	0,2	0,1	
KWSH94	64,8	41,3	31,7	10,5	2,8	3,6	6,1			4,1
Differenz		-0,1	+6,4	-2,7	+0,2	+4,4	-4,5	+0,2	+0,1	-4,1
BW94	77,4	43,0	39,0	8,5	5,7					3,8
LWSH96	66,4	42,5	34,4	9,4	5,3					8,5
Neumünster (4)										
KWSH98	52,8	52,4	31,1	5,2	3,0		8,3			0,7
KWSH94	64,5	41,8	32,0	9,2	3,3		13,0			-0,7
Differenz		+10,6	-0,9	-4,0	-0,3		-4,7			3,4
BW94	75,4	45,6	38,9	6,1	6,1					7,8
LWSH96	66,0	46,4	34,2	6,8	4,9					
Nordfriesland (7)										
KWSH98	64,9	36,3	36,6	4,8	4,1	9,6	8,6			0,1
KWSH94	71,3	34,7	35,3	7,5	3,9	10,1	8,6			0,0
Differenz		+1,6	+1,3	-2,7	+0,2	-0,5	0,0			+0,1
BW94	78,6	38,8	42,6	7,7	8,7					2,2
LWSH96	71,8	35,4	38,2	6,3	5,8		9,4			4,9
Ostholstein (8)										
KWSH98	64,8	42,9	39,7	5,5	4,2	7,8				0,0
KWSH94	72,4	40,6	38,5	8,3	4,4	8,2				0,0
Differenz		+2,3	+1,2	-2,8	-0,2	-0,4				2,8
BW94	80,7	39,1	44,5	6,5	7,2					7,3
LWSH96	72,8	39,8	40,4	6,7	5,8					
Pinneberg (9)										
KWSH98	62,3	44,3	39,5	9,0	7,1	0,1				3,0
KWSH94	70,9	40,6	37,8	12,8	5,7	0,1				-3,0
Differenz		+3,7	+1,7	-3,8	+1,4	0,0				3,4
BW94	83,7	38,0	41,2	9,0	8,4					6,6
LWSH96	71,6	40,7	36,8	9,6	6,0		0,4			

	Wahlbet.	SPD	CDU	Grüne	FDP	WGR	SSW STATT	ÖDP	Natur	Sonst
Plön (10)										
KWSH98	70,7	43,5	38,6	6,0	4,1	7,7				0,0
KWSH94	76,5	40,7	39,1	9,3	3,9	7,0				0,0
Differenz		+2,8	-0,5	-3,3	+0,2	+0,7				2,8
BW94	84,0	40,0	42,7	7,7	6,7					6,9
LWSH96	78,0	42,0	38,0	7,3	5,8					
Rendsburg-Eckernförde (11)										
KWSH98	67,7	42,4	40,4	5,8	5,7		5,7			1,9
KWSH94	74,5	40,2	40,0	9,2	5,3		3,4			-1,9
Differenz		+2,2	+0,4	-3,4	+0,4		+2,3			2,8
BW94	82,3	39,4	42,0	7,8	8,0					5,2
LWSH96	75,5	40,0	37,9	6,8	6,3		3,9			
Schleswig-Flensburg (12)										
KWSH98	68,5	38,0	41,7	4,8	2,8		12,6	0,1		0,0
KWSH94	74,4	36,6	40,2	7,1	3,1		13,0	+0,1		0,0
Differenz		+1,4	+1,5	-2,3	-0,3		-0,4			2,5
BW94	81,3	40,1	43,0	7,3	7,1					4,4
LWSH96	75,0	35,2	38,4	5,9	4,5		11,5			
Segeberg (13)										
KWSH98	61,3	42,3	42,3	7,1	7,4					0,4
KWSH94	68,5	38,7	41,0	10,8	5,7					-0,4
Differenz		+3,6	+1,3	-3,7	+1,7					3,2
BW94	81,2	36,2	44,4	7,8	8,3					7,3
LWSH96	70,1	38,5	39,8	7,8	6,5					
Steinburg (14)										
KWSH98	64,8	43,5	40,7	6,2	4,1					0,0
KWSH94	72,0	41,0	38,9	10,0	3,5					0,0
Differenz		+2,5	+1,8	-3,8	+0,6					2,6
BW94	80,8	40,4	42,3	7,6	7,2					6,3
LWSH96	72,1	41,3	39,1	8,0	5,3					

5 D-Mark pro Liter Benzin: Mit uns nicht!

Bündnis 90/Die Grünen haben in Magdeburg beschlossen, die Autofahrer abzuzocken. 5 DM soll der Liter Sprit im Jahr 2008 betragen. 1999 soll mit der Anhebung um 50 Pfennig sofort begonnen werden. Danach soll der Preis um jeweils 30 Pfennig

pro Jahr ansteigen. Wer heute Auto fährt oder in diesem Jahr ein Auto kauft, muß künftig erheblich mehr für Benzin ausgeben. Die Mehrausgaben summieren sich gegenüber 1998 über die Jahre hinweg auf beachtliche Beträge:

● bei einer Fahrleistung von 10000 km im Jahr

Jahr	Mehrausgaben für Benzin bis Ende des Jahres ... gegenüber 1998 (in DM) Verbrauch in Liter je 100 km						
	5	6	7	8	9	10	11
1999	250	300	350	400	450	500	550
2000	650	780	910	1.040	1.170	1.300	1.430
2001	1.200	1.440	1.680	1.920	2.160	2.400	2.640
2002	1.900	2.280	2.660	3.040	3.420	3.800	4.180
2003	2.750	3.300	3.850	4.400	4.950	5.500	6.050
2004	3.750	4.500	5.250	6.000	6.750	7.500	8.250
2005	4.900	5.880	6.860	7.840	8.820	9.800	10.780
2006	6.200	7.440	8.680	9.920	11.160	12.400	13.640
2007	7.650	9.180	10.710	12.240	13.770	15.300	16.830
2008	9.250	11.100	12.950	14.800	16.650	18.500	20.350
2009	10.850	13.020	15.190	17.360	19.530	21.700	23.870

● bei einer Fahrleistung von 15000 km im Jahr

Jahr	Mehrausgaben für Benzin bis Ende des Jahres ... gegenüber 1998 (in DM) Verbrauch in Liter je 100 km						
	5	6	7	8	9	10	11
1999	375	450	525	600	675	750	825
2000	975	1.170	1.365	1.560	1.755	1.950	2.145
2001	1.800	2.160	2.520	2.880	3.240	3.600	3.960
2002	2.850	3.420	3.990	4.560	5.130	5.700	6.270
2003	4.125	4.950	5.775	6.600	7.425	8.250	9.075
2004	5.625	6.750	7.875	9.000	10.125	11.250	12.375
2005	7.350	8.820	10.290	11.760	13.230	14.700	16.170
2006	9.300	11.160	13.020	14.880	16.740	18.600	20.460
2007	11.475	13.770	16.065	18.360	20.655	22.950	25.245
2008	13.875	16.650	19.425	22.200	24.975	27.750	30.525
2009	16.275	19.530	22.785	26.040	29.295	32.550	35.805

● bei einer Fahrleistung von 20000 km im Jahr:

Jahr	Mehrausgaben für Benzin						
	bis Ende des Jahres . . . gegenüber 1998 (in DM)						
	Verbrauch in Liter je 100 km						
	5	6	7	8	9	10	11
1999	500	600	700	800	900	1.000	1.100
2000	1.300	1.560	1.820	2.080	2.340	2.600	2.860
2001	2.400	2.880	3.360	3.840	4.320	4.800	5.280
2002	3.800	4.560	5.320	6.080	6.840	7.600	8.360
2003	5.500	6.600	7.700	8.800	9.900	11.000	12.100
2004	7.500	9.000	10.500	12.000	13.500	15.000	16.500
2005	9.800	11.760	13.720	15.680	17.640	19.600	21.560
2006	12.400	14.880	17.360	19.840	22.320	24.800	27.280
2007	15.300	18.360	21.420	24.480	27.540	30.600	33.660
2008	18.500	22.200	25.900	29.600	33.300	37.000	40.700
2009	21.700	26.040	30.380	34.720	39.060	43.400	47.740

● bei einer Fahrleistung von 25000 km im Jahr:

Jahr	Mehrausgaben für Benzin						
	bis Ende des Jahres . . . gegenüber 1998 (in DM)						
	Verbrauch in Liter je 100 km						
	5	6	7	8	9	10	11
1999	625	750	875	1.000	1.125	1.250	1.375
2000	1.625	1.950	2.275	2.600	2.925	3.250	3.575
2001	3.000	3.600	4.200	4.800	5.400	6.000	6.600
2002	4.750	5.700	6.650	7.600	8.550	9.500	10.450
2003	6.875	8.250	9.625	11.000	12.375	13.750	15.125
2004	9.375	11.250	13.125	15.000	16.875	18.750	20.625
2005	12.250	14.700	17.150	19.600	22.050	24.500	26.950
2006	15.500	18.600	21.700	24.800	27.900	31.000	34.100
2007	19.125	22.950	26.775	30.600	34.425	38.250	42.075
2008	23.125	27.750	32.375	37.000	41.625	46.250	50.875
2009	27.125	32.550	37.975	43.400	48.825	54.250	59.675

Die Autofahrer werden damit staatlich be-
 vormundet. Sie sollen mit einer rabiaten
 Maßnahme dazu gezwungen werden, ben-
 zinsparende Autos zu kaufen. Die Auffor-
 derung, ein 3-Liter-Auto zu kaufen, ist ein
 Scheinargument. Sie werden erst nach und
 nach auf den Markt kommen und zunächst
 nur zu hohen Preisen zu haben sein. Gera-
 de sozial Schwächere — wie zum Beispiel

Rentner, Arbeitslose und Studenten - wer-
 den sie sich noch lange nicht leisten kön-
 nen. Autofahren wird damit zu einem Lu-
 xus. Wer auf sein Auto angewiesen ist,
 zum Beispiel um zu seiner Arbeit zu kom-
 men, wird bestraft.

Die Automobilindustrie in Deutschland ist
 nicht nur ein wichtiger Motor wirtschaftli-
 chen Wachstums und technischen Fort-

schritts, sondern auch bedeutend bei der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Allein im vergangenen Jahr wurden dort 25.000 Arbeitsplätze geschaffen. Insgesamt hängen heute über 700.000 Beschäftigte von der Automobilproduktion und von den Dienstleistungen rund ums Auto ab. Wer die Autoindustrie dem Primat der Ökologie unterordnet, wer eine Politik gegen Wirtschaft und Arbeitnehmer beschließt, ist kein verlässlicher und seriöser Partner für Wirtschaft und vor allem für die Menschen in Deutschland. Nachhaltig wirtschaften heißt, ökonomisches Wachstum, soziale Aspekte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen sinnvoll miteinander verbinden.

Mit der Festschreibung von 5 DM leisten die Grünen keinen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Den deutlich steigenden Ausgaben stehen keine entsprechenden Entlastungen gegenüber. Auch die Grünen fordern eine aufkommensneutrale Steuerreform. Eine klare Antwort, wer die vague versprochenen Steuerentlastungen finanziell seriös, ökonomisch vertretbar und sozial gerecht finanzieren soll, verschweigen bislang auch die Grünen aus reiner Wahltaktik.

Mit der geplanten Abschaffung der umweltorientierten, emissionsbezogenen Kfz-Steuer drehen die Grünen das Rad im Umweltschutz zurück. Innerhalb nur eines halben Jahres (seit 1. Juli 1997) sank dank der emissionsbezogenen Kfz-Steuer der Anteil der Fahrzeuge ohne Katalysator in Deutschland von 6,3 Millionen Pkw auf nur noch 5,5 Millionen Fahrzeuge. Nicht mehr umweltfreundliche Fahrzeuge werden durch das Konzept der Grünen gefördert, sondern sog. „Stinker“. Sie werden im Vergleich zu Fahrzeugen mit Katalysator und geringem Hubraum durch die geplante Abschaffung noch gefördert, ohne daß es hierfür einen den Umweltschutz fördernden Ausgleich an anderer Stelle gibt.

CDU: Pendler werden auch künftig entlastet

Um von dem eigenen politischen Versagen abzulenken, wird versucht, Pendler mit unseriösen Argumenten zu verunsichern. Die CDU bekennt sich zur Förderung der Mobilität und zum ländlichen Raum. Die pauschale Behauptung, die Umwandlung der Kilometerpauschale in eine Entfernungspauschale führe zu Mehrbelastungen ist populistisch. Denn bereits heute haben diejenigen, die weniger als 14 Kilometer von ihrem Arbeitsplatz entfernt wohnen und sonst keine Werbungskosten geltend machen können, keinen Vorteil von der Kilometerpauschale. Bis zu dieser Entfernung bringt der Arbeitnehmerfreibetrag immer die größere steuerliche Entlastung.

Entlastung für Fernpendler

- Ein verheirateter Arbeitnehmer mit einem Bruttojahreslohn von 63.000 DM, der 35 km von seinem Arbeitsplatz entfernt wohnt und dem 300 DM an Werbungskosten anfallen, zahlt im Jahr 1998 noch 6.108 DM an Einkommensteuer und 336 DM an Solidaritätszuschlag. 1999 sind es nur noch 4.732 DM an Einkommensteuer und 222 DM an Solidaritätszuschlag. Er wird damit um 1.490 DM entlastet, davon allein um 1.376 DM bei der Einkommensteuer.
- Wenn der Arbeitnehmer 50 km von seiner Arbeitsstelle entfernt wohnt, zahlt er 1998 5.446 DM an Einkommensteuer und 300 DM an Solidaritätszuschlag; ab 1999 dagegen nur noch 4.422 DM an Einkommensteuer und 160 DM an Solidaritätszuschlag. Er wird somit um 1.164 DM entlastet, allein 1.024 DM bei der Einkommensteuer.

Bürger nicht für dumm verkaufen

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, erklärte zum 5 Mark-Benzinpreis-Ökokonzept der Grünen:

Ich unterstütze die ökologischen Zielsetzungen zur Verbesserung der Umweltbedingungen, wie sie in der Politik der Unionsparteien seit Jahren konsequent verfolgt und umgesetzt werden. Die Absichten der Grünen in ihrem „Wahnprogramm“ machen dagegen auch bei ständigem Wiederholen keinen Sinn.

Erstens: "Die Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuer werden an den Bürger zurückfließen": Die beabsichtigte Verdreifachung des Benzinpreises brächte Mehreinnahmen von rd. 200 Mrd. DM. Diese Größenordnung muß man sich mal auf der Zunge zergehen lassen! Aber nur ein Teil davon soll nach den Plänen der Grünen die Lohnnebenkosten senken.

Jeder weiß, wichtig für die Senkung der Lohnnebenkosten ist der Abbau versicherungsfremder Leistungen. Hier wären wir bereits weit vorangekommen, wären die im Bundestag beschlossenen Reformen der Koalition

nicht im Bundesrat von Rot-Grün blockiert worden.

Zweitens: "Mit dem Drei-Liter-Auto verringert sich die zusätzliche Belastung": Der Durchschnittsverbrauch aller Pkw liegt heute bei ca 8,8 Liter pro 100 km (Ifo-Studie). Sicher wird es in 10 Jahren ein Drei-Liter-Auto ge-

„Jetzt durchstarten“

Im Rahmen der Aktion „Jetzt durchstarten“ werden Berliner CDU-Politiker in gut besuchten Kneipen und auf Wochenmärkten mit den Bürgern das Gespräch suchen. Mit dieser Aktion soll die Präsenz der Politik unterstrichen werden. Anlaß genug, auch auf die aktuelle Diskussion um den Benzinpreis hinzuweisen. Dies tun die Berliner unter anderem durch das Verteilen von speziell für diesen Zweck angefertigten Bierdeckeln mit den angebotenen Aufklebern der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Der Berliner Landesverband wird 5 000 Bierdeckel im Rahmen der Aktion verteilen.

ben. Doch das wird nicht der Durchschnitts-Pkw sein, mit dem der Bürger mit seiner Familie auch bequem in Urlaub fahren kann.

Künftig sollen die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte durch eine Entfernungspauschale nach Straßenkilometern berücksichtigt werden. Sie soll 40 Pfennig je Kilometer für jede über 15 Kilometer hinausgehende Wegstrecke betragen und kann zusätzlich zum Arbeitnehmerfreibetrag in Höhe von dann 1.300 DM geltend gemacht werden. Dadurch werden Fernpendler auch künftig geschont.

Zugleich darf nicht vergessen werden: Die

Umwandlung der Kilometerpauschale in eine Entfernungspauschale ist nur eine Seite der Medaille. Die zugehörige andere ist die Senkung der Steuersätze durchgehend für alle Einkommensbezieher. Das eine ist nicht vom anderen zu trennen. Die Neuregelung ist leistungsfreundlich und gerecht. Fernpendler werden durch die Entfernungspauschale und niedrige Steuersätze entlastet. Sie trägt zugleich zu einer erheblichen Verwaltungsvereinfachung und zur Förderung der Umwelt bei. ■

Autokonzerne gegen 5 Mark

Nichts bewegt die Grünen und alle Autofahrer im Moment mehr als die Forderung: Der Literpreis für das Benzin soll in den nächsten zehn Jahren auf fünf Mark steigen.

Dafür soll die Kfz-Steuer wegfallen. Was sagt die Autoindustrie zu der Forderung? Der Sonntag-Express vom 22. März fragte nach.

Unsoziale Schockparole entlarvt die Urheber

Porsche-Chef Wendelin Weideking: „Die Forderung der Grünen nach einem Literpreis von fünf Mark ist ausgesprochen unsozial.“

Sie ignoriert, daß Menschen, die auf dem Land leben, ihre sozialen Kontakte fast ausschließlich mit Hilfe des Pkw aufrecht erhalten können. Dieser Vorschlag entlarvt seine Urheber: Es sind Leute, die in der Stadt leben und dort andere Mobilitätsmöglichkeiten haben als Menschen auf dem Land.“

Forderung gefährdet Arbeitsplätze

Professor Werner Kalkert, Vorstand Entwicklungsbereiche und Fahrge- stellgruppe der Ford-Werke: „Wir haben schon vor längerer Zeit dafür plädiert, die Kfz-Steuer auf den Benzinpreis aufzuschlagen. Die Forderung der Grünen jedoch, den Benzinpreis auf fünf Mark pro Liter zu erhöhen, stellt eine durch nichts zu rechtfertigende Belastung des Autofahrers dar und gefährdet Arbeitsplätze in der deutschen Automobilindustrie. Auch die Ford-Werke werden in Zukunft noch sparsamere Fahrzeuge entwickeln.“

Individuelle Mobilität würde zum Privileg

Peter H. Hanenberger, Technik-Vorstand der Adam Opel AG: „Die Forderung ist völlig überzogen und unsozial, solange wirtschaftlich vertretbare und ökologisch sinnvolle Alternativen zum Auto nicht allgemein verfügbar sind. Sie würde individuelle Mobilität zu einem Privileg machen und viele Arbeitsplätze kosten. Selbst wenn das Dreiliter-Auto in absehbarer Zeit marktfähig wird, kann es nicht sämtliche Transportaufgaben erfüllen. Auch ohne solchen Dirigismus bleibt die Autoindustrie innovativen Lösungen verpflichtet.“

Express am Sonntag vom 22. März

Freizeit auf Bezugsschein?

„Es reicht vollkommen aus, wenn die Deutschen nur alle fünf Jahre eine Urlaubsreise mit dem Flugzeug machen.“ So wird die Grünen-Abgeordnete Halo Saibold zitiert. Keine Hinterbänklerin, sondern Tourismus-Expertin ihrer Partei. Kerosinpreise rauf. Flugpreise rauf. Und dann? Deutsche Urlaubsorte voll? Der Himmel zwischen Bonn und New York sauberer?

Denkste. Die Leute würden über Luxemburg und Rotterdam in die Sonne fliegen. Der kleine Rest der nichtdeutschen Welt würde ohnehin fliegen wie bisher – ohne deutsche Flugbenzinsteuer.

Überhaupt: Wie kann man dem mündigen Bürger vorschreiben wollen, wann, wohin und wie oft er in den Urlaub fliegen darf? Bezugscheine für die Freizeit? Das hatten wir doch schon! Zuletzt in der DDR ...

Aus: Bild

Clement verkennt seine politische Verantwortung

Zu der Notwendigkeit von Castor-Transporten erklärte der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, Hans-Peter Repnik:

Mit seinen Äußerungen geht der designierte Nachfolger von Rau auf Schmutzsektors mit seinem grünen Koalitionspartner und gefährdet den energiepolitischen Konsens und damit neben Sicherheitsstandards auch Arbeitsplätze.

1979 haben sich Bund und Länder u.a. auf die zentrale Lagerung abgebrannter Brennelemente, zunächst in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, einstimmig geeinigt. Deshalb ist es unehrlich und reine Popularitätshascherei, wenn Clement heute davon spricht, daß sich die Länder Baden-Württemberg und Bayern um die Entsorgung des Atommülls drücken würden. In den

Anfang 1997 geführten Energiekonsensgesprächen bestand zudem Einvernehmen über die Nutzung des Zwischenlagers Ahaus. Daneben wurde auch über weitere Zwischenlager in anderen Bundesländern diskutiert. Doch – wie so oft – haben sich die SPD-geführten Länder nicht einigen können und wieder einen Rückzieher gemacht.

Castor-Transporte zu Zwischenlagern werden auch zukünftig notwendig sein. Selbst wenn sich Bund und Länder heute auf dezentrale Zwischenlager, z. B. bei den Atomkraftwerken, einigten, würde es noch rd. 10 Jahre dauern, bis die Genehmigungsverfahren und Bauvorhaben abgeschlossen wären und die Lagerkapazitäten zur Verfügung stünden. Wer den Menschen etwas anderes erzählt, will sie verdummern.

Irrwitzig

Generalsekretär Peter Hintze zum Grünen-Vorschlag, Flugreisen künstlich zu verteuern.

Nach der Fünf-Mark-Benzinpreisschikane wollen grüne Politiker jetzt die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen um ihre Urlaubsfreude bringen. Eine Strafsteuer auf Urlaubsflüge bedeutet eine irrwitzige Bevormundung des Bürgers. Immer abenteuerlicher werden die Vorstellungen der Grünen im Blick auf ein rot-grünes Bündnis. Mit Rot-Grün droht ein Bevormundungsstaat. Die Sozialdemokraten heizen mit ihrem unfinanzierten Programm die Inflation an, und die Grünen vermiesen den Autofahrern die Urlaubsreise.

Faustrecht

Generalsekretär Peter Hintze zu den Ausschreitungen beim Castor-Transport:

Die gewaltsamen Aktionen der militanten Atomkraftgegner zeugen von deren wahrer Motivation. Wer Bahnstrecken untertunnelt, Straßen und Gleise besetzt und Widerstandscamps errichtet, hat jede Legitimation verloren, sich auf das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit zu berufen. An die Stelle von Recht und Gesetz setzen militante Demonstranten Faustrecht und Unfrieden. Wer wie der Grünesprecher Roland Appel die Polizei bürgerkriegsähnlicher Maßnahmen bezichtigt, hat sich ins extremistische Abseits gegeben.

600 Millionen DM für Sonderprogramm Arbeitsmarktpolitik

Die Bundesregierung hat ein mit 600 Mio. DM dotiertes Sonderprogramm für die aktive Arbeitsmarktpolitik beschlossen.

Das Programm ist auf 1998 befristet und soll vor allem Ostdeutschland zugute kommen, teilte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm anlässlich der konstituierenden Sitzung der Führungsgremien der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit mit.

Darüber hinaus wurde den Arbeitsämtern größerer finanzieller Spielraum bei Ausgaben aus dem Eingliederungstitel gegeben. Die bisherige Summe von 25 Mrd. DM für Arbeitsmarktpolitik könne um bis zu eine Milliarde DM aus dem Titel für Arbeitslosengeld verstärkt werden, meinte Blüm.

Die 600 Mio. DM seien durch absehbare Minderausgaben bei anderen Titeln gedeckt, ergänzte ein Sprecher des Ministeriums. Eine neue Kreditaufnahme sei nicht nötig. Wie viele Jobs auf dem zweiten Arbeitsmarkt geschaffen werden könnten, sei nicht genau abschätzbar. Ziel dieser Maßnahmen sei vor allem eine „hundertprozentige Ausschöpfung der Möglichkeiten“, hieß es im Ministerium.

Ohne diese Initiative wäre ein weiteres Abbröckeln der ABM-Stellen absehbar, darauf deuteten jüngste Zahlen hin. Im Februar 21,3 Prozent. Mit 77.500 lag die Zahl der ABM-Stellen deutlich unter Vorjahresniveau.

Auch für die Langzeitarbeitslosen werden - so Blüm - weitere Mittel bereitgestellt. Die Gelder zur Eingliederung dieser Gruppe in den Arbeitsmarkt wurden um 277 Mio. DM auf mehr als eine Mrd. DM auf-

gestockt. Die Mittel stammen aus „Ausgabenberesten“ der vergangenen zwei Jahre. Nach Angaben des Arbeitsministeriums können damit zusätzlich rund 15.000 Männer und Frauen, die seit mehr als einem Jahr ohne Job sind, gefördert werden. Grundsätzlich wolle die Bundesregierung das auslaufende Sonderprogramm zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen um drei Jahre verlängern.

„Arbeit für Berlin“

Die Berliner CDU will innerhalb von fünf Jahren die Arbeitslosigkeit in der Stadt senken und entsprechend 150.000 neue Arbeitsplätze schaffen.

Als mittelfristiges Ziel nannten die Arbeitsmarktexperten der Union, Siegfried Helias und Almut Mommert, die Realisierung von 75.000 neuen Jobs bis zum Jahr 2000. Nach dem von den beiden Politikern vorgestellten Strategiepapier „Arbeit für Berlin“ soll vor allem die Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern gefördert werden.

Der häufigste Grund für die Inanspruchnahme von Sozialhilfe sei Arbeitslosigkeit. Das Ziel müsse daher sein, allen Sozialhilfeempfängern eine zumutbare Beschäftigung anzubieten. Wer sich weigere, müsse damit rechnen, daß die Unterstützung vom Sozialamt gekürzt oder ganz gestrichen werde. Die CDU-Arbeitsmarktpolitiker forderten, das Berliner Landesprogramm „Hilfe für Arbeit“, mit dem Arbeitsplätze für Sozialhilfeempfänger gefördert werden, von derzeit 90 Millionen auf 110 Millionen Mark aufzustoßen.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Unsere Reformen zeigen Wirkung

In der kommenden Legislaturperiode geht es darum, die notwendigen Reformen für unser Land fortzusetzen und bei der inneren Einheit weiter voranzukommen. Es geht darum, die europäische Einigung so voranzutreiben, daß sie unumkehrbar wird – denn das bedeutet Frieden und Freiheit für unsere Kinder und Enkel!

Der Wahlkampf

Wir stehen jetzt sechs Monate vor der Bundestagswahl. Der Wahlausgang ist völlig offen. Zur Zeit liegt die SPD vorn – das war vor vier Jahren um diese Zeit auch nicht anders. Gewonnen hat aber die Union. Ein Wahlkampf ist kein Sprint, sondern ein Marathonlauf. Es kommt darauf an, wer am Schluß – auf der Ziellinie – die Nase vorn hat.

Die Themen

● **Erstens:**
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
Wir kommen voran: Unsere Reformen zeigen Wirkung, der Aufschwung gewinnt an Breite und Kraft. In den alten Bundesländern geht die Zahl der Arbeitslosen bereits zurück, die Firmen stellen wieder ein. In den neuen Bundesländern sind wir leider noch nicht so weit. Aber zum Ende des Jahres wird die Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland niedriger liegen als ein Jahr zuvor. Ganz wichtig ist, daß die große Steuerreform kommt. Das hat die SPD bisher verhindert. Nur durch eine deutliche Entlastung für die

Bürger und verbesserte Chancen für Investitionen der Unternehmen entstehen viele neue Arbeitsplätze. Erfolge sind nicht – wie es die SPD vorgaukelt – ohne Anstrengungen zu haben.

● **Zweitens:**
Verbesserung der inneren Sicherheit

Die Union ist die einzige politische Kraft in Deutschland, die entschlossen für den Kampf gegen das Verbrechen steht. Wir werden den Unterschied zwischen Worten und Taten bei SPD und Grünen klar herausarbeiten. Sie haben in Absprache mit der kommunistischen PDS ein wirkungsvolles Abhören von Gangsterwohnungen verhindert. Das war ein Erfolg für die Drogenmafia, für die international organisierte Kriminalität.

● **Drittens:**
Dauerhafter Frieden in Europa

Wir sagen „ja“ zur Bundeswehr! Frieden und Freiheit werden vor allem dadurch gesichert, daß wir das Haus Europa vollenden. Der EURO ist dazu ein wichtiger Schritt. Er wird knapp 100 Tage nach der Bundestagswahl eingeführt. Die Union ist der beste Garant dafür, daß der EURO eine stabile Währung wird.

Zu Schröder:

Er soll endlich sagen, wofür er steht, für welche Politik, und was er zusammen mit den Grünen für eine Politik machen will. Dann zeigt sich, daß er nichts zu bieten hat als alte, untaugliche Rezepte.

**Aus einem Bild-Interview mit dem
Bundeskanzler vom 25. März**

Wir brauchen eine offensive Strategie für mehr Beschäftigung

Wenn die SPD glaubt, durch eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit neue Arbeitsplätze zu schaffen, dann handelt sie gegen die Interessen der Arbeitnehmer. Nur ein Drittel aller Arbeitnehmer und ein Fünftel der Vollzeit-Beschäftigten wollen nach einer EMNID-Umfrage im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft weniger als 35 Stunden in der Woche arbeiten. Ein gutes Drittel der Arbeitnehmer möchte sogar 40 oder mehr Stunden pro Woche arbeiten.

Wenn in der Vergangenheit Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen wurden, beklagten sich die Beschäftigten oft über zusätzliche Überstunden und erhöhten Arbeitsdruck. Insgesamt klagen überdurchschnittlich häufig Arbeitnehmer in Westdeutschland und Beschäftigte ab 40 Jahren.

Wenn die Mehrarbeit durch eine entsprechend verringerte Arbeitszeit später ausge-

Die Forderung nach einer generellen Arbeitszeitverkürzung widerspricht der betrieblichen Praxis.

glichen werden kann, sind fast 90 Prozent der Beschäftigten bereit, über mehrere Wochen pro Tag 1 bis 2 Stunden länger zu arbeiten. Sonntagsarbeit stößt dahingehend auf wenig Gegenliebe.

Pauschale Arbeitszeitverkürzung ist nach wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen kein Mittel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Die alte reflexartige Forderung nach einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung zeigt einen Rückfall der SPD in ein überholtes Bild der Gesellschaft, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. Die Betriebsstruktur, der Arbeitsablauf, die Produktionsbedingungen, die Auftragslage

Persönliche Erfahrungen mit tariflicher Arbeitszeitverkürzung

– Prozentualer Anteil der Befragten, die folgende Erfahrungen mit der tariflichen Arbeitszeitverkürzung machten –

	höherer Arbeitsdruck	zusätzliche Überstunden	Neueinstellungen
Insgesamt	52,9	52,6	13,0
Westdeutsche	56,3	54,8	12,4
Ostdeutsche	35,0	40,9	15,8
Männer	56,2	52,5	14,4
Frauen	47,6	52,6	10,7
Vollzeitbeschäftigte	54,0	53,4	12,0
Teilzeitbeschäftigte ¹⁾	47,0	48,2	17,6
Gewerkschaftsmitglieder	63,5	54,5	13,1

¹⁾ Beschäftigte mit einer vertraglichen Arbeitszeit von weniger als 35 Stunden pro Woche.

Quelle: EMNID-Umfrage bei 1.074 Beschäftigten im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln im Juli 1997

Rot UND Grün = EIN großes Risiko

Zu Schröders Äußerungen zu den Grünen erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Schon im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes wird deutlich, daß das von Schröder angestrebte rot-grüne Bündnis für Deutschland zum unlösbaren Problem würde. Rot-Grün ist ein Risiko für Deutschland.

Gerhard Schröder irrt allerdings, wenn er dieses Risiko allein bei den

Grünen festmacht. Das Programm der SPD enthält so viele Risiken für unser Land, daß auch der rote Anteil bei Rot-Grün die Wirtschaft lähmen und Arbeitsplätze zerstören würde.

Schröders rot-grünes Bündnis ist der eine Teil des Problems, die programmatische Fehlfixierung der SPD auf Staatslenkung und Ausgabenprogramme der andere.

„Eine generelle Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit wird keine nennenswerten Beschäftigungsgewinne erbringen, ebenso wahrscheinlich sind – insbesondere bei erzwungener Arbeitszeitverkürzung und partiellem Lohnausgleich – Beschäftigungsverluste. Damit wird nicht nur das Ziel einer solchen Politik verfehlt, sondern es entstehen darüber hinaus soziale Kosten in Form einer ‚Teilzeit-Arbeitslosigkeit‘, in verlorengangenen Sozialprodukt und preislichen Verzerrungen in der betreffenden Volkswirtschaft.“

Wolfgang Franz,
Mitglied des Sachverständigenrats
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1997

sorgen dafür, daß ein unterschiedlicher Zeitbedarf besteht. Mitarbeiter und Unternehmen wissen heute selbst am besten, wie sie ihre Arbeitsabläufe organisieren können. Dies zeigen auch die vielfältigen und differenzierten Lösungen der Tarifrunde 1997. Durch die Einrichtung von Arbeitszeitkonten und Jahresarbeitszeiten wurden neue Spielräume in der Praxis genutzt. So wird beispielsweise in der westdeutschen chemischen Industrie zwischen 35 und 40

Stunden durch die Anwendung eines Arbeitszeitkorridors gearbeitet. In der Metall- und Elektroindustrie können 13 beziehungsweise 18 Prozent der Arbeitnehmer statt der festgelegten 35 Stunden bereits 40 Stunden in der Woche arbeiten. Im Bauhauptgewerbe gilt eine wöchentliche Regelarbeitszeit von 39 Stunden.

Heute ist die Tariflandschaft in Deutschland sehr differenziert: Am Jahresende 1997 waren 47.300 Tarifverträge gültig. Neu abgeschlossen wurden im Jahresverlauf über 8.442 Tarifverträge. Die Tarifpartner haben nun auch die neuen gesetzlichen Möglichkeiten zur Altersteilzeit in Tarifverträge umgesetzt. Altersteilzeitarbeit ermöglicht ein früheres Ausscheiden von älteren Arbeitnehmern, um Arbeitsplätze für jüngere Menschen freizumachen. Nach Schätzungen des Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung kommt dies für 1,5 Millionen Arbeitnehmer in Frage.

Fazit: Die Vereinbarungen zur Arbeitszeit sind und bleiben Aufgabe der Tarifpartner. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nicht eine generelle Arbeitszeitverkürzung erforderlich, sondern vielmehr eine offensive Strategie für mehr Beschäftigung. ■

Weitere Investitionen in den neuen Ländern dringend notwendig

Zu den die bisherigen vielfältigen Anstrengungen ergänzenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung für die neuen Länder erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Krüger:

Das vom Bundesarbeitsministerium vorgestellte Arbeitsmarktprogramm Ost begrüßen die ostdeutschen Unionsabgeordneten als dringend notwendig zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Osten, die sich gegenüber den ursprünglichen Erwartungen als besonders problematisch darstellt. Es zeigt, daß die Bundesregierung auch weiterhin im notwendigen Umfang bereit ist, Solidarität mit den neuen Ländern zu üben, wenn es um die Angleichung der Lebensverhältnisse geht. Im Verhältnis zum Vorjahr hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Westen bereits leicht entspannt, während sie sich in den neuen Ländern in einem unerwartet hohem Maße verschlechtert hat.

Zugleich sind im Namen der innerdeutschen Solidarität weitere gesonderte Investitionsmaßnahmen unverzichtbar, um die Wirtschaft zu stärken und damit die Arbeitsmarktlage zu verbessern. Dabei kommt es darauf an, die bereits seit langem erfolgreichen Handlungsschwerpunkte des Bundes zu ergänzen.

Besonders beim Städte- und Verkehrswegbau, in denen viele Vorhaben aufgrund guten Planungsverlaufs baureif sind oder bald werden, ist es möglich, geplante Investitionen vorzuziehen. Deshalb ist es sinnvoll, hier eine beschleunigte Finanzierung vorzunehmen.

Besonders schnell können in einem Sonderprogramm "Kleine Verkehrswege Ost"

Maßnahmen vorgezogen werden. So kann ein besonders wirksamer Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen erfolgen. Dies würde auch eine breite Wirkung in der Fläche erzielen. Bei der Städtebauförderung können Projekte realisiert werden, die besonders der örtlichen Bauwirtschaft zugute kommen.

Kein „Strohfeuerprogramm“

In beiden Bereichen können so finanzielle Spielräume, die durch die über Erwartungen niedrigen Zinsen entstanden sind, sinnvoll genutzt werden. Dies ist kein "Strohfeuerprogramm à la SPD", sondern beschleunigt den ohnehin vorgesehenen und für die wirtschaftliche Entwicklung unverzichtbaren Ausbau der Infrastruktur. Außerdem würde ein Vorziehen den Gesamtaufwand erheblich verbilligen, da Bauen kaum jemals wieder so günstig wird wie heute. Deshalb ist dies nicht nur finanzpolitisch vertretbar, sondern sogar volkswirtschaftlich sinnvoll.

Verantwortungsgesellschaft

lautet der Titel eines Vortrags, den der Vorsitzende der CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag und Landesvorsitzender der CDU in Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, **am 28. April im Bonner Haus der Geschichte** halten wird.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzt damit die Reihe ihrer Veranstaltungen mit „Gedanken zur Politik im 21. Jahrhundert“ fort, in der vor allem die jüngere Politikergeneration in einer Art „Zukunftswerkstatt“ seit dem letzten Jahr zu Wort kommt.

Innovationsschub durch EURO

Frage: Die Vorbereitungen für die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung laufen auf Hochtouren. Gleichzeitig war die Ablehnung der Bevölkerung gegen den EURO noch nie so groß. Warum gelingt es der Politik eigentlich nicht, die Menschen von der Notwendigkeit und den Vorteilen der Einführung einer gemeinsamen Währung zu überzeugen?

Wolfgang Schäuble: Die Deutschen haben nach dem Zweiten Weltkrieg erfahren, was eine stabile Währung wert ist. Sie wissen, was sie an der Deutschen Mark haben. Was sie mit dem EURO bekommen, wissen sie hingegen nicht so genau. Daher rührt dieses verständliche Unbehagen. Allerdings ist es nicht so, daß die Menschen die gemeinsame europäische Währung vehement ablehnen. Je näher der Termin rückt, desto größer wird die Zahl derer, die meinen, man solle noch ein wenig warten. Aber ich bin fest davon überzeugt, daß dann, wenn die Menschen erst einmal praktische Erfahrung mit dem EURO haben sammeln können, sich das Stimmungsbild deutlich ins Positive wandelt. Deshalb ist es auch so wichtig, daß wir einen entscheidenden Akzent auf die nachhaltige Stabilität der neuen Währung legen. Denn wenn wir da pfuschen würden mit dem Ergebnis, daß der EURO nicht so stabil ist wie die Mark, hört für die meisten Menschen der Spaß völlig zu Recht auf.

Frage: Über die Auswirkungen der gemeinsamen europäischen Währung auf die Wirtschaft und die Beschäftigung in Deutschland wird heftig diskutiert. Es gibt Stimmen, die sagen mehr Wach-

tum und mehr Arbeitsplätze voraus, während andere genau das Gegenteil befürchten. Von welchen konkreten Auswirkungen durch den EURO gehen sie aus?

Wolfgang Schäuble: Es ist meine feste Überzeugung, daß die gemeinsame europäische Währung einen erheblichen Zuwachs an Stabilität bedeutet, was im globalen Wettbewerb von kaum zu überschätzender Bedeutung ist. Schon jetzt zeigt sich, daß zum Beispiel die

Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erwartet kräftige Impulse durch die gemeinsame Währung.

Währungsturbulenzen in Asien durch die enge europäische Kooperation in ihren Auswirkungen auf die Europäische Union in Grenzen gehalten werden können. Die gemeinsame Währung und der ihr zugrunde liegende starke Binnenmarkt werden diese stabilisierende Wirkung noch erhöhen. Daraus folgt, daß selbstverständlich die Wirtschaft daraus ihren Nutzen ziehen kann. Und wenn sie das tut, hat das auch Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation. Ich bin sicher, daß der EURO einen großen Innovationsschub auslösen wird, der auf die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und der Schaffung neuer Arbeitsplätze die notwendigen und richtigen Antworten geben wird.

aus: Wirtschaftsbild vom 20. März

Wolfgang Schäuble:

Deutschland – ein guter Wirtschaftsstandort

Es hat in den letzten Jahren viele Debatten im In- und Ausland über den Standort Deutschland gegeben, die ein zumindest einseitiges, gelegentlich auch verzerrtes Bild gezeichnet haben. Das mag daran liegen, daß solche Debatten immer an sich haben, kritisch auszufallen, also das Negative stärker zu betonen als das Positive. Das mag speziell im Fall unseres Landes zuletzt aber auch damit zu tun gehabt haben, daß mit der Fokussierung der öffentlichen Debatte auf das Nichtzustandekommen der Steuerreform der Eindruck von Stillstand, von Reformstau erweckt wurde. Wir mögen daran nicht ganz uneteiligt gewesen sein, in jedem Fall aber hat diese Debatte eine verzerrende Wirkung gehabt, weil sie vieles von dem überdeckt, was wir zwischenzeitlich an Maßnahmen zur strukturellen Erneuerung des Standorts Deutschland auf den Weg gebracht haben. In Wahrheit hat sich in Deutschland eine Menge bewegt, Deutschland ist trotz mancher Probleme ein guter Wirtschaftsstandort.

Deutschland wird in diesem Jahr die höchste Wachstumsrate aller OECD-Staaten erzielen. Die Absatzperspektiven im Inland verbessern sich nachhaltig, denn die Binnennachfrage gewinnt spürbar an Kraft. Neben der Exportnachfrage und einer sich verbessernden Investitionsnachfrage wird in diesem Jahr auch wieder der private Verbrauch anziehen – und das bei völliger Preisstabilität.

Die Kostenbelastung der Arbeitsplätze geht zurück: Die Lohnstückkosten werden 1998 sinken, und das im dritten Jahr in

Folge, was uns unter unseren Wettbewerbern schon eine Ausnahmeposition verschafft.

Die Exporte werden nach 1997 auch 1998 mit zweistelligen Zuwachsraten zunehmen. Deutschlands Weltmarktanteil nimmt wieder zu, was auch nicht gerade ein Zeichen extremer Standortschwäche ist.

Eröffnungsrede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, anlässlich einer wirtschaftspolitischen Fachkonferenz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23. März im Konrad-Adenauer-Haus

Der Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern kommt voran. Die Infrastruktur ist heute schon teilweise moderner als im Rest Europas.

Die Staatsquote wird 1998 auf 48 % zurückgehen und damit auf den niedrigsten Stand seit sieben Jahren. Und entgegen allen Kassandraruhen hat Deutschland das Maastricht-Defizit-Kriterium mit 2,7 % deutlich und zugleich nachhaltig erfüllt.

Die notwendige Flexibilisierung in den Tarifverträgen ist vorangekommen, der Regelungsumfang des Flächentarifvertrages in vielen Fällen zurückgeführt worden. Der Grundsatz, den reformierten Flächentarifvertrag nur mehr die wirklich

unverzichtbaren Rahmenbedingungen regeln zu lassen und das übrige den Betrieben zu überlassen, findet bei Gewerkschaften und Arbeitgebern zunehmend Unterstützung.

In den Patentstatistiken rangiert Deutschland wieder an erster Stelle vor Japan und den Vereinigten Staaten.

Und in der Biotechnologie hat Deutschland wieder den Anschluß an die Weltspitze hergestellt. Die Zahl der BioTech-Unternehmen hat sich seit 1995 vervierfacht, Unternehmen verlagern ihre Forschungs- und Produktionseinrichtungen wieder nach Deutschland, und Wissenschaftler kehren aus dem Ausland zurück, um in Deutschland zu arbeiten.

II. Der Globalisierungsprozeß zwingt zur Suche nach neuen Lösungen, darin liegt das Faszinierende dieses Vorgangs. Nicht das Bedrohliche in diesen Veränderungsprozessen zu sehen, sondern die Chancen zu erkennen, die gewaltigen Möglichkeiten, die sich für unser Land, für unsere Volkswirtschaft daraus ergeben - darin scheint mir die faszinierende Herausforderung dieses Prozesses zu liegen.

Das gilt für Wissenschaft und Technik, wo der Wettbewerb um Innovationen mehr nutzbares Wissen entstehen läßt und den Fortschritt der Technik beschleunigt - in der Medizin, beim Umweltschutz, in der Bio- und Gentechnologie, in der Verkehrstechnologie.

Das gilt aber auch für Wirtschaft und Politik. Die Ordnung unseres Grundgesetzes und die soziale Marktwirtschaft kennen bewußt kein Monopol für Politik und für staatliches Handeln, sondern sie beruhen auf dem Prinzip der Machtbegrenzung und der Machtverteilung. Und deswegen kann die Lösung sämtlicher Probleme nicht bei der Politik abgeladen werden, denn dies würde die Politik überfordern und dadurch den Zugang zur Lösung der Probleme

überhaupt versperren. Aber die Politik hat doch zu einem erheblichen Teil dazu beigetragen, daß in den vergangenen Jahren gegen viele Widerstände eine Fülle von Veränderungen auf den Weg gebracht und zahlreiche Weichen gestellt werden konnten, deren Ergebnisse man zwar meistens erst auf der Zeitachse sieht, deren Ergebnisse in Teilen aber schon heute deutlich erkennbar sind.

Mehr Eigenverantwortung und Subsidiarität, weniger staatliche Bürokratie, Absenkung der Staatsquote - von diesen Grundsätzen hat sich die Koalition leiten lassen im „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ im April 1996, dessen 50 Punkte nahezu vollständig umgesetzt sind und mit dem wir Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze nachhaltig stärken konnten.

Neu geregelt und durchgreifend modernisiert

Wir haben die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall neu geregelt, damit die Tarifparteien wieder zu mehr eigenverantwortlichen Lösungen kommen. Ergebnis: Die Betriebe konnten mittelbar um zweistellige Milliardenbeträge entlastet werden, und der Krankenstand ist mittlerweile so niedrig wie nie zuvor, so niedrig wie in kaum einem anderen europäischen Land.

Wir haben das Arbeitsrecht durchgreifend modernisiert, indem wir den Kündigungsschutz gelockert und Einstellungshemmnisse beseitigt haben. Die Möglichkeiten der Betriebe zur flexiblen Anpassung der Beschäftigung an die Auftragslage wurden deutlich verbessert, indem die Möglichkeiten zum Abschluß befristeter Arbeitsverhältnisse noch einmal ausgeweitet wurden. Schließlich haben wir die Zumutbarkeitskriterien für die Aufnahme einer Beschäftigung verschärft, damit freiwerden-

de Stellen auch tatsächlich besetzt werden können.

Wir brauchen mehr ausländische Investitionen in Deutschland, deswegen haben wir die Substanzsteuern abgeschafft, die einen spürbaren Standortnachteil darstellen. Die betriebliche Vermögenssteuer ist zum 1. Januar 1997 entfallen und die Gewerkekapitalsteuer zum 1. Januar 1998 abgeschafft worden. Selbst in der Steuerpolitik kann von „Stillstand“ keine Rede sein.

Mit der Privatisierung von Bahn und Post, dem Börsengang der Deutschen Telekom, der Öffnung des Postmarktes und der Liberalisierung des Marktes für Telekommunikation zum 1. Januar 1998 und vor kurzem auch der Öffnung des Energiemarktes hat der Bund die Weichen für mehr Vielfalt im Angebot und eine insgesamt günstigere Versorgung von Unternehmen und Haushalten gestellt. Denn sollen die Wachstumskräfte gestärkt und die Staatsquote gesenkt werden, führt an Privatisierung und Deregulierung kein Weg vorbei. Bereits die Ankündigung des neuen Energierechts hat dazu geführt, daß die Strompreise für Unternehmen in vielen Regionen spürbar gesenkt wurden.

In der Weltliga vorne mitspielen können

Als weltweit viertgrößter Kapitalmarkt mit hoher Liquidität und einem erstklassigen Bankensystem hat Deutschland alle Chancen, auch und gerade nach dem Eintritt in die dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in der Weltliga vorne mitspielen. Deswegen haben wir den Finanzplatz Deutschland in den vergangenen Jahren entscheidend gestärkt, ich denke an den Wegfall der Börsenumsatzsteuer, die Befreiung der Repo-Geschäfte von der Mindestreserve, die dazu geführt hat, daß verlorengegangene Geschäfte aus London wieder nach Frank-

furt zurückgeholt werden konnten. Ich denke aber auch an den Neuen Markt, ein ganz wichtiger Schritt, um den Kapitalmarkt stärker für kleine und mittlere Unternehmen aus Wachstumsbranchen zu öffnen. Und ich denke an das dritte Finanzmarktförderungsgesetz, das in wenigen Tagen in Kraft tritt und die Bereitstellung von Risikokapital durch Beteiligungsgesellschaften entscheidend verbessert. Und ergänzend zu den bisherigen betrieblichen Altersvorsorgemodellen beabsichtigen wir, baldmöglichst auch Pensionsfonds nach angelsächsischem Vorbild einzuführen.

Ich bin auch fest davon überzeugt, daß eine Steuerreform, wenn auch zwei oder drei Jahre später, als sie hätte kommen können und kommen müssen, mit Sicherheit in der nächsten Legislaturperiode kommen wird. Denn daß die Einsicht in die Notwendigkeit einer Steuerreform bei uns inzwischen zum Allgemeingut geworden ist, ist ja immerhin auch ein Erfolg der Debatte. Das Petersberger Modell, das wir im Bundestag schon verabschiedet hatten mit Steuersätzen von 15 bis 39 % bei der Einkommensteuer, maximal 35 % bei Einkünften aus Gewerbebetrieb, 35 und 25 % bei der Körperschaftsteuer für thesaurierte und ausgeschüttete Gewinne - das wollen wir unmittelbar nach der Bundestagswahl durchsetzen, wenn die Wählerentscheidung der Bundesrats-Blockade endgültig jede Legitimation entzogen hat.

III. Natürlich bleiben auch noch Probleme, der strukturelle Wandel muß fortgesetzt werden, aber: Wer unvoreingenommen unser Land betrachtet, erkennt, daß mehr in Bewegung geraten ist, als viele sich noch vor ein paar Jahren vorstellen konnten: bei den Gewerkschaften, bei den Unternehmen, bei den Arbeitnehmern, in der Politik. Im übrigen verfügt der Standort Deutschland über eine Reihe von Vorteilen.

Deutschland hat in der Breite mit die bestausgebildeten Arbeitnehmer weltweit. Unser duales System der beruflichen Qualifizierung ist international vorbildlich und trägt ganz entscheidend dazu bei, daß wir über ein so großes Potential ausgezeichnet qualifizierter Handwerker, Facharbeiter und Ingenieure verfügen.

Deutschland verfügt über eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur, die beste Bedingungen für Transport und Logistik bietet. Das gilt auch für das Fernsprechnetz: Wir haben die meisten ISDN-Anschlüsse, die neuen Bundesländer verfügen über das modernste Telefon-Netz weltweit.

Wie kein anderes Land verfügt Deutschland über eine breite Struktur leistungsfähiger und innovativer mittelständischer Unternehmen, die auch im ländlichen Raum gute Ansiedlungsmöglichkeiten vorfinden. Und das ist einer der Gründe, warum wir so ein ausgewogenes Verhältnis zwischen städtischen Ballungszentren und ländlichem Raum haben.

Und Deutschland verfügt über eine hohe Rechtssicherheit, eine beispielhafte politische und soziale Stabilität, die viele Gründe hat - einer davon ist, daß politische und soziale Konflikte insgesamt moderater bleiben und ausgetragen werden als in anderen Ländern.

Und nicht zuletzt: Deutschland liegt mitten in Europa, dem nachfragestärksten Markt der Welt mit einer stabilen gemeinsamen Währung, die neben dem US-Dollar wichtigste Reservewährung der Welt sein wird. Und Deutschland liegt ganz nahe an den künftigen Wachstumsmärkten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion, was natürlich ganz besonders für die neuen Bundesländer gilt.

Alles in allem: Deutschland ist auch in Zukunft ein guter Wirtschaftsstandort. Wer ihn herunterredet, hat Unrecht. Wer ihn unterschätzt, begeht einen Fehler. Es lohnt sich, überall in Deutschland, in den alten wie in den neuen Bundesländern, zu arbeiten und zu investieren.

CDU Sachsen-Anhalt geht online

Pünktlich zum Landtagswahlkampf 1998 geht auch die CDU Sachsen-Anhalt online. Weltweit ist der Landesverband jetzt im „World Wide Web“ präsent mit aktuellen Positionen und einem umfangreichen Serviceangebot, das von Informationen über die Direktkandidaten bis hin zur aktuellen Terminübersicht über Wahlkampfveranstaltungen reicht. Ebenfalls abgerufen werden können die „Grundsätze für ein Regierungsprogramm“ – das aktuelle Programm der Union und die Grundlage zur Übernahme der Regierungsverantwortung in Sachsen-Anhalt.

Unter dem Stichwort „Verbindungen“ werden außerdem Links zu Homepages einzelner Kreisverbände, von Abgeordneten und Kandidaten angeboten.

Zu erreichen ist die CDU Sachsen-Anhalt im WWW unter der Adresse:

http://www.cdu-sachsenanhalt.de
oder
per E-mail unter CDU.Sachsen-Anhalt @t-online.de

Bereits in der ersten Woche erfolgten mehr als 1.000 Zugriffe auf die homepage der Union in Sachsen-Anhalt.

Versuchen Sie 's doch auch mal!

Deutschland holt gegenüber anderen Ländern deutlich auf

Anlässlich der Fachkonferenz „Deutschland - ein guter Wirtschaftsstandort“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23. März im Konrad-Adenauer-Haus erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Die Wettbewerbsposition Deutschlands hatte sich während der letzten Jahre deutlich verschlechtert: zu hohe Lohnkosten, zu geringe Flexibilität im Arbeitsrecht, zu hohe Steuerbelastung. Umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur wurden eingeleitet. Inzwischen holt Deutschland in den Standortbedingungen gegenüber anderen Ländern deutlich auf.

1. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zeigen ihre Wirkungen:

- Die Lohnstückkosten sind bis 1995 gestiegen, doch seit 1996 sinken sie kontinuierlich (1998 das 3. Jahr in Folge).
- Die Arbeitsproduktivität ist seit 1991 kontinuierlich gestiegen und liegt 1997 knapp 18% höher als 1991. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland bei der Bruttowertschöpfung eine Spitzenstellung ein.
- Bei weltmarktrelevanten Patenten nimmt Deutschland mit 190 Triade-Patenten pro eine Million Beschäftigter wieder den ersten Rang ein.
- Seit 1994 wurden mit dem neuen Arbeitszeitgesetz die Rahmenbedingungen für mehr Arbeitszeitflexibilität entscheidend verbessert. Beispiel: Allein in den 10 größten amerikanischen Unternehmen in

Deutschland konnten über 45.000 bestehende Arbeitsplätze gesichert werden.

- Bereits im Vorfeld der Energierechtsreform sind in Deutschland die Strompreise gesunken: Gegenüber 1993 lagen die Strompreise 1997 um 8,7% niedriger. Die Öffnung des Strommarktes wird die Entwicklung noch beschleunigen.

2. Steuerpolitik:

- Die große Steuerreform konnte noch nicht realisiert werden. Dennoch kann von Stillstand in der Steuerpolitik keine Rede sein: Abschaffung Gewerbekapital- und

Die Umkehr ist geschafft. Aber wir sind noch nicht am Ziel.

Vermögensteuer, Senkung von Körperschaftsteuer, gewerblicher Einkommensteuer, betrieblicher Erbschaftsteuer und Solidaritätszuschlag, etc.

- Die Grenzsteuerbelastung von Kapitalgesellschaften ist durch die Steuerreform 1998 (Wegfall Vermögensteuer, Abschaffung Gewerbekapitalsteuer, Entlastung bei Erbschaftsteuer) von 60,4% auf 56,2% gesunken.
- Die große Steuerreform ist dringend erforderlich, um die deutschen Unternehmen noch wettbewerbsfähiger zu machen: Die Grenzsteuerbelastung würde mit der Steuerreform 1999 auf 47,4% sinken. Damit läge Deutschland endlich im internationalen Mittelfeld.
- Die Steuerpolitik der Bundesregierung wird betrieben im Sinne einer symmetrischen Finanzpolitik: weniger Einnahmen,

Meister-BAföG auf Erfolgskurs

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers: In Kürze die hunderttausendste Zusage – 60.000 neue Arbeitsplätze

Bereits im dritten Jahr nach der Einführung wird der 100.000. Meisteranwärter nach Angaben von Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers in Kürze sein Meister-BAföG erhalten.

In einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ betonte Rüttgers, mit fast 36.800 bewilligten Anträgen im vergangenen Jahr (1996: 25.600) sei das Meister-BAföG „auf Erfolgskurs“. Pro Jahr machten sich etwa 20.000 der Meister-BAföG-Empfänger selbständig und schufen damit rund 60.000 neue Arbeitsplätze.

Insgesamt hätten Bund, Länder und Deutsche Ausgleichsbank bisher 514 Millionen Mark an angehende Meister, Techniker und andere Aufstiegs-willige im Rahmen des Meister-BAföG ausgezahlt, teilte Rüttgers mit.

Knapp 73 Prozent der Geförderten seien angehende Handwerksmeister, die in fast allen Fällen eine berufliche Selbständigkeit anstrebten.

Das werde sich positiv auf das Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Handwerk auswirken. Die Ausbildung junger Meister sei auch deshalb von herausragender Bedeutung, weil allein im Handwerk bis zur Jahrtausendwende 200.000 Betriebsübernahmen anstünden.

Schlußlicht Niedersachsen

Die meisten Meister-BAföG-Anträge kamen 1997 aus Bayern (9.900), gefolgt von Nordrhein-Westfalen (8036) und Baden-Württemberg (6114).

Schlußlicht unter den westdeutschen Flächenstaaten ist nach Angaben von Rüttgers Niedersachsen, wo die Zahl der Anträge von 3701 im Jahr 1996 auf 2502 im vergangenen Jahr abgesackt ist.

weniger Ausgaben. Somit ist es gelungen, die Staatsquote von ihrem Höchststand 1995 (50,7%) auf 48% in 1998 zu senken.

3. Deutschland in der Europäischen Union:

● Deutschland ist der größte Markt in der EU: höchste Einwohnerzahl, enge Export-Import-Verflechtungen mit übrigen EU-Ländern, positiver Außenbeitrag.

● Deutschland ist Drehscheibe zu Mittel- und Osteuropa: Exporte übersteigen die Importe in diese Länder (sowohl insgesamt als auch bei jedem einzelnen Land).

4. Deutschland ist ein guter Wirtschaftsstandort:

● Deutschland hat eine Spitzenposition bei allen „weichen“ Standortfaktoren.

● Als zentrale Anlaufstelle für ausländische Investoren wird noch in diesem Jahr eine Invest in Germany-Agentur geschaffen.

● Die Liste der zurückkehrenden Betriebe und der Betriebe mit Neuinvestitionen in Deutschland belegt: Der Standort Deutschland ist wieder begehrt.

Der turn-around ist geschafft – aber wir sind noch nicht am Ziel. Die Standortbedingungen müssen auch weiterhin nachhaltig verbessert werden. ■

SPD im Steuereilemma

Anspruch und Wirklichkeit der SPD-Steuerpolitik liegen meilenweit auseinander:

● **Die SPD verspricht**, die kleinen und mittleren Einkommensbezieher um 2500 DM zu entlasten. **Tatsache ist jedoch:** Ihr Wahlprogramm steht unter striktem Finanzierungsvorbehalt. Das heißt, was nicht finanzierbar ist, wird gestrichen. Wenn die Kassen aber leer sein sollen, wie die SPD behauptet, kann die Folge für die angebliche SPD-Steuerentlastung nur lauten: Außer leeren Versprechungen nichts gewesen.

● **Die SPD behauptet**, sie habe die Gewerbesteuer und die Vermögensteuer abgeschafft. **Tatsache ist jedoch**, daß sie die Abschaffung allein seit Verwirklichung der Deutschen Einheit mehrfach

Die SPD versucht, verspricht und behauptet.

verhindert und blockiert hat. Bei der Modernisierung des deutschen Steuersystems hätten wir bereits weiter sein können, wenn sich die SPD nicht an der Bewahrung von Vergangenen orientieren würde. **Fazit:** Außer ideologischer Verblendung nichts gewesen.

● **Die SPD versucht** sich als Steuer- und Abgabensenkungspartei zu profilieren. Damit täuscht sie aber Bürger und Unternehmen. **Tatsache ist:** Die SPD hat seit der Deutschen Einheit immer wieder bewiesen, daß ihre erste Antwort auf neue Herausforderungen die Forderung nach immer höheren und neuen Steuern sowie milliardenschweren Ausgabenprogrammen für mehr Staat und weniger persönliche und wirtschaftliche Freiheit ist.

20 Beispiele aus dem Gruselkabinett sozialdemokratischer Vorschläge seit 1990:

- ▶ Einführung einer Ergänzungsabgabe
- ▶ Einführung einer Arbeitsmarktabgabe
- ▶ Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe
- ▶ Anhebung der Mineralölsteuer
- ▶ Anhebung der Mehrwertsteuer
- ▶ Einführung von Ökosteuern
- ▶ Erhöhung der Erbschaftsteuer
- ▶ Einführung einer Mindeststeuer
- ▶ Einführung von Denunziantenprämien
- ▶ Überwachung der Sparer durch Kontrollmitteilungen
- ▶ Kappung des Ehegattensplittings
- ▶ Rücknahme der Entlastungen bei den Unternehmensteuern, wie zum Beispiel der Senkung des Steuersatzes für gewerbliche Einkünfte
- ▶ Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Verlusten aus anderen als gewerblichen Einkünften (zulasten beispielsweise von Mietern)
- ▶ Verschärfung der Besteuerung von Grund und Boden
- ▶ Wiedereinführung der Vermögensteuer
- ▶ Beibehaltung der Gewerbesteuer
- ▶ Sonderabgabe auf die Vermögensteuer
- ▶ Besteuerung von Kapitalströmen
- ▶ Einführung einer Schwerverkehrsabgabe
- ▶ Einführung einer Abfallabgabe

Hinzu kommt das weitere Höherdrehen der Beiträge zur Sozialversicherung durch die Zurücknahme von Reformen. **Fazit:** Außer sozialdemokratischem Blendwerk für Bürger und Unternehmen nichts gewesen.

**SPD:
die Steuer-Partei
Deutschlands**

Die Versprechungen der SPD, Steuern und Abgaben zu senken, sind und bleiben unglaubwürdig. Die SPD zu wählen bedeutet letztlich, noch mehr Steuern und Abgaben zu wählen: Die Folge von noch mehr Steuern und Abgaben werden aber noch weniger Arbeitsplätze sein. Die SPD ist daher keine Alternative für die Steuer- und Abgabenzahler und auch nicht für den Mittelstand.

**CDU:
die Modernisierungs-
und Reformpartei**

Nur die Union steht für ein modernes Steuersystem nach den Leitlinien „niedriger – einfacher – gerechter“. Mit der Ab-

schaffung der Gewerbesteuer und dem Wegfall der Vermögensteuer wurde nicht nur ein unverzichtbarer Beitrag zur Steuervereinfachung und zum Bürokratiekostenabbau gemacht, sondern auch investitions-, beschäftigungs- und technologiefeindliche Steuern beseitigt. Nach der Neuregelung der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums und mit dem Familienleistungsausgleich kommt seit diesem Jahr auch die Senkung des Solidaritätszuschlages der Stärkung der Binnen- nachfrage und der Wirtschaft zu gute.

Notwendig bleibt aber eine große Steuerreform, die ihren Namen auch verdient. Die Steuersätze müssen für alle Steuerzahler durchgehend und deutlich gesenkt werden, steuerliche Vergünstigungen abgebaut und Ausnahmen gestrichen werden, damit sich Leistung wieder stärker lohnt, damit der Ehrliche nicht der Dumme ist, damit Schwarzarbeit, Steuergestaltung und Steuer- vermeidung unattraktiv werden. Zur Stärkung von Kaufkraft und Wirtschaft müssen die Steuerzahler zugleich netto spürbar entlastet werden. Bei niedrigeren Steuern wird Deutschland für in- und ausländische Investoren attraktiver. Mit weniger Steuern werden mehr Arbeitsplätze geschaffen.

Europapolitischer Kongreß in Thüringen

Am Montag, dem 29. Juni von 9.00–14.00 Uhr im Wappensaal des Wartburghotels Eisenach

- Eröffnung und Begrüßung durch Rolf Berend, MdEP
- Zu sozialpolitischen Aufgaben und Herausforderungen im europäischen Einigungsprozeß sprechen:
Bundesminister Norbert Blüm
Bundesministerin Claudia Nolte
Ministerpräsident Bernhard Vogel
- Experten aus verschiedenen Ebe-

nen der Politik (Europa, Bund, Land) erörtern in einer Podiumsdiskussion Inhalte, Ziele und Probleme europäischer Sozialpolitik und beantworten Fragen der Kongreßteilnehmer.

- Interessenten werden gebeten, sich an das Europabüro des Thüringer CDU-Europaabgeordneten **Rolf Berend in Gernrode/Eichsfeld** (Te.: (03 60 76) 5 25 93, Fax: (03 60 76) 5 35 65) zu wenden, bzw. an die CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion (Tel.: 0228/1689043).

„Hinter der Wirklichkeit zurück“

Bildungs- und forschungspolitische Forderungen des SPD- Bundestagswahlprogramms* im Spiegel der Landespolitik in Baden-Württemberg

Maßnahmen der CDU-geführten Landesregierung von Baden-Württemberg

► In Baden-Württemberg werden 3,9 % des BIP für **Forschung** ausgegeben

► Bei den **Hochschulausgaben** je Einwohner 1996 auf Platz 1 unter den westdeutschen Flächenländern

► Platz 1 bei der Steigerungsrate des Wissenschaftsetats 1997

Unter den westdeutschen Flächenländern geben Bayern (8.500 DM) und B.-W. (8.400DM) das **meiste Geld pro Schüler** aus
Schwerpunkte des baden-württembergischen **Verbundforschungsprogramms** im Rahmen der Zukunftsoffensive Junge Generation sind:
► **Bio- und Gentechnologie** (25 Mio. DM Landesmittel)

Positionen im Bundestagswahlprogramm der SPD

„Die SPD-geführte Bundesregierung wird die Zukunftsinvestitionen in **Bildung, Forschung und Wissenschaft** innerhalb der nächsten fünf Jahre verdoppeln.“

„Wir wollen eine Innovationsoffensive starten: in der

► **Bio- und Gentechnologie,**

► bei den **neuen Materialien,**

► in der Informati-
onstechnologie,

Beispiele für reale SPD-Politik

In Niedersachsen werden 1,7 % des BIP für Forschung ausgegeben, im Saarland 1 % des BIP

In Niedersachsen wurden in der letzten Legislaturperiode bei 90.000 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern 3.000 Vollzeitlehrerstellen gestrichen

Im Hochschulbereich wurden in NdS von 1994 - 1998 1300 Stellen abgebaut

Im Saarland sollen jährlich 1 % der Hochschulstellen abgebaut werden

In der Wissenschaft gibt es im Saarland nur Kahlschlag statt Reformen. Der Wissenschaftsrat hat festgestellt: Die Ausgaben des Landes für die Universität gehen gemessen

Verhalten der baden-württembergischen SPD im Landtag

Haushalt 1997 und Nachträge zum Haushalt 1997 grundsätzlich abgelehnt

Maurer: Der Solidarpakt mit den Hochschulen ist keine Zukunftsinvestition

Zukunftsoffensive
komplett abgelehnt

Maßnahmen der CDU-geführten Landesregierung von Baden-Württemberg

- ▶ **Produktionstechniken und neue Materialien** (35 Mio. DM Landesmittel)
- ▶ **Informationstechnologie, Software, Medien und neue Dienstleistungen** und
- ▶ **Energie- und Umwelttechnik** (insgesamt 45 Mio. DM)
- ▶ **Verkehrsbereich (Telematik):** 20 Mio. DM
- ▶ **Einsatz neuer Medien an den Schulen** (50 Mio.), Virtuelle Hochschule (50 Mio. DM)
- ▶ Fortsetzung der **Existenzgründungsoffensive** im Rahmen der Zukunftsoffensive (100 Mio. DM)
- Ein **Programm für junge Innovatoren** sieht vor, daß Nachwuchswissenschaftler bei konkreten Entwicklungsvorhaben gefördert werden
- Erfolgreiche Arbeit der Steinbeis-Stiftung**

Positionen im Bundestagswahlprogramm der SPD

- ▶ bei **Umwelt**-schutztechnologien,
- ▶ bei neuen **Energiesystemen** und
- ▶ in der **Verkehrstechnologie**. . .“

„**Alle Schulen ans Netz** – dieses Ziel werden wir mit Hochdruck verfolgen.“

„Schaffung eines **Chancenkapitalfonds** für Gründung und Wachstum von Unternehmen“

„Mit Personalkostenzuschüssen soll kleinen und mittleren Unternehmen die Einstellung von **Forschungspersonal** ermöglicht werden.“

Beispiele für reale SPD-Politik

am Gesamthaushalt zurück
 In Niedersachsen wurden seit 1994 1,6 Mrd. DM an Privatisierungsmitteln zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet
 Niedersachsen investiert mit seinem Technologieprogramm weniger als ein Zehntel dessen, was der Bund jährlich für wissenschaftliche Forschung und Großforschungsprojekte in Niedersachsen zur Verfügung stellt
 „Niedersachsen hat seine Bedeutung als Forschungsstandort langfristig verloren“ (aus: Gutachten der Norddeutschen Landesbank)
 „Kaum jemand denkt beim Stichwort Niedersachsen an neue Technologien“ (HAZ 10. 5. 1997)
 Am BioRegio-Wettbewerb 2000 beteiligt sich das Saarland nicht

Verhalten der baden-württembergischen SPD im Landtag

Maßnahmen der CDU-geführten Landesregierung von Baden-Württemberg

Zahlreiche Programme wie MEKA, SchalVO, Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum

Die CDU hält am **Landeserziehungsgeld** fest
Überbetriebliche **Ausbildung**
Förderung der Ausbildung von Lehrlingen, deren Firmen in **Konkurs** gegangen sind, Förderung Jugendlicher, die erhebliche Schwierigkeiten haben, **einen Ausbildungsplatz** zu erhalten, und Förderung von Maßnahmen, die **Schlüsseltechnologien** wie die Information- und Kommunikationstechnologie berücksichtigen

Positionen im Bundestagswahlprogramm der SPD

„Kleinen und mittleren Unternehmen soll die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen ermöglicht werden.“

„Die **bäuerlichen Leistungen** zum Erhalt der Kulturlandschaft müssen anerkannt werden.“

„Die SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß sich die wirtschaftliche und soziale Lage der **Familien** spürbar verbessert.“

Es „sollen **Ausbildungsverbände** gefördert, über- und außerbetriebliche Ausbildungsstätten modernisiert und zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten an berufsbildenden Schulen bereitgestellt werden“.

Beispiele für reale SPD-Politik

Die Förderung von Existenzgründern wurde in Niedersachsen schon 1994 für Männer eingestellt. Nur für Frauen gibt es noch ein Programm im Umfang von 11 Mio. DM

In Niedersachsen wurden 1996 19 Unternehmen mit Wagniskapital gefördert, im Saarland auch 19

Der Anteil des Agrarhaushaltes am Gesamthaushalt ist in Niedersachsen von 4 % im Jahr 1990 auf 1,75 % 1997 gesunken

Landeserziehungsgeld gibt es nur in CDU/CSU-geführten Ländern: Bayern, Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern

Niedersachsen hat kein eigenständiges Landesprogramm für Ausbildungsplätze

Verhalten der baden-württembergischen SPD im Landtag

Im September 1997 wollte die SPD 50 Mio. DM im Bereich Landwirtschaft einsparen, „weil die Regierung diesen Bereich sicher zu sehr ausgespart hat“ (dpa, 18. 9. 1996)

Maßnahmen der CDU-geführten Landesregierung von Baden-Württemberg

Unsere Maßnahmen im Rahmen der Hochschulreform:

- ▶ **Stärkung der Autonomie durch Selbstauswahlrecht** der Hochschulen
- ▶ Möglichkeit zur Erprobung neuer Leistungsstrukturen durch Experimentierklausel zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen
- ▶ Einführung **Globalhaushalte** im Gange
- ▶ **Studiengänge werden gestrafft**
Die Selbstverantwortung der Studenten wird durch die Bildungsgutscheine gestärkt
- ▶ **Internationale Studiengänge** an jeder Universität in B.-W. und an einer Vielzahl von Fachhochschulen eingeführt oder werden 1998 eingerichtet

Positionen im Bundestagswahlprogramm der SPD

„Die deutschen Hochschulen brauchen mehr **Autonomie** und mehr **Leistungswettbewerb** untereinander.“

„Notwendig ist auch eine Straffung und bessere Organisation der Studiengänge. Forschung und Lehre müssen international ausgerichtet sein. Die Qualität der Lehre muß verbessert werden.“

„Die **Ansprüche** an den Staat müssen **zurückgenommen** werden. Vieles, was wünschbar wäre, ist nicht mehr finanzierbar.“

Beispiele für reale SPD-Politik

Niedersachsen: Den Hochschulen wurden nahezu 1.300 Stelleneinheiten gestrichen und weitere Kürzungen in Höhe von 300 Mio. DM aufgebürdet

Saarland: Das Sparpaket der Landesregierung für die Unibität führt zum Abbau von 170 Stellen bis zum Jahr 2000

Verhalten der baden-württembergischen SPD im Landtag

Die letzten beiden Stufen der Hochschulreform (Bildungsgutscheine, Experimentierklausel, Selbstauswahlrecht, Klinikreform) abgelehnt

EUROPOL

Europol ist die Europäische Polizeibehörde. Sie wird die polizeiliche Zentralstelle in Europa für den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten und die Verbrechenanalyse sein und damit die nationalen Polizeibehörden in ihrer Arbeit unterstützen. Europol hat keine exekutiven Befugnisse. Europol soll im Sommer 1998 seine Tätigkeit aufnehmen. Bereits jetzt arbeitet in Den Haag die Europol-Drogenstelle, die Vorläuferbehörde von Europol.

Schengener Vertragssystem

Das Schengener Übereinkommen vom 14. Juni 1985 und das dazugehörige Durchführungsabkommen vom 19. Juni 1990 bilden die vertraglichen Grundlagen für den Wegfall der Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Union.

Als Binnengrenzen gelten die gemeinsamen Landgrenzen der Vertragsstaaten sowie deren Flughäfen für die Binnenflüge und deren Seehäfen für Fährverbindungen untereinander.

Analog zur verabredeten Aufhebung der Paßkontrollen im Inneren einigten sich die Unterzeichner-Staaten auf einen verstärkten Schutz der Außengrenzen und auf ein einheitliche Behandlung von illegalen Zuwanderern und Asylbewerbern.

Gesamt-Europa gegen die organisierte Kriminalität

Für Bundeskanzler Helmut Kohl wird auch in Zukunft die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Drogenkriminalität eines der zentralen Anliegen der europäischen Politik sein. Auf Initiative der Bundesregierung spielte dieses Thema deshalb auch auf der Londoner Europakonferenz der Staats- und Regierungschefs aus den 15 EU-Mitgliedsländern und den elf Beitrittskandidaten eine bedeutende Rolle.

Die europäischen Partner griffen die Anregung der Bundesregierung auf, eine gesamteuropäische Expertengruppe zur Bekämpfung der Kriminalität einzuberufen. Aufgabe dieses Gremiums wird es sein, so schnell wie möglich für gemeinsame Standards an den Grenzen zu sorgen und eine koordinierte Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität zu sichern. Bereits in zwölf Monaten soll die Gruppe einen Bericht vorlegen. Viel Wert wurde bei den Beratungen deshalb auf eine effektive und unbürokratische Arbeitsweise des Gremiums gelegt.

Erfahrene Kriminalisten

Großbritannien als derzeitiger Inhaber der EU-Ratspräsidentschaft erklärte sich spontan bereit, den Vorsitz der Expertengruppe auch über das Ende seiner Präsidentschaft am 30. Juni 1998 hinaus zu übernehmen. Um die Arbeit zu erleichtern, wurde die Zahl der Teilnehmer zudem auf zwei Mitglieder pro Land beschränkt. Dabei wird es sich ausschließlich um erfahrene Kriminalisten handeln, die durch jahrzehntelange Bewährung im Kampf gegen das internationale Verbrechen entsprechende Erfahrungen sammeln konnten.

Noch vor dem Beginn der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und den Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa wurde somit in London eine gesamteuropäische Initiative gestartet, bei der insgesamt 26 Staaten den wichtigsten Fragen der Kriminalitätsbekämpfung zusammenarbeiten wollen. Eine gute Nachricht für die Sicherheit der Bürger in Europa

Innere Sicherheit im Amsterdamer Vertrag

Bereits der im Juni 1997 von den 15 Staats- und Regierungschefs der EU beschlossene Amsterdamer Vertrag berücksichtigt insbesondere die Belange der europäischen Bürger in Fragen der inneren Sicherheit. Die 15 EU-Staaten vereinbarten die Erhaltung und Schaffung der Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, in dem in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, das Asyl, die Einwanderung sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität der freie Personenverkehr gewährleistet ist.

Mit der europäischen Polizeibehörde Europol und dem Schengener Vertragssystem sind die wichtigsten institutionellen und rechtlichen Grundlagen für eine gemeinsame Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität innerhalb der Europäischen Union bereits gelegt. Europa wächst auch bei der Bekämpfung der Kriminalität zusammen.

Schengen optimieren – Leistungsmissbrauch verhindern

Das nächste Ziel der Bundesregierung auf diesem Gebiet wird eine weitere Verbesserung des Schengener Abkommens sein. Dazu gehört eine noch intensivere Überwachung der EU-Außengrenzen. Nachdem die Bundesregierung die Sicherheitslage an den deutschen Grenzen nach Osten deutlich optimiert hat, müssen die anderen Unterzeichnerstaaten des Schengener Abkommens ihren Verpflichtungen

ebenso nachkommen. Dazu tritt für Deutschland die Notwendigkeit, die Attraktivität des Verweilens in Deutschland für illegale Einwanderer durch kurze Verwaltungs- und Gerichtsverfahren zu vermindern. Zukünftig sollen

WAHL- KAMPF 1998

Leistungen an Ausländer nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die ihren Fluchtweg verschleiern, ihre Dokumente vernichten, keine Angaben zur Identität machen und nach dem Verfahren ohne Bleiberecht in Deutschland sind, nur noch das unerlässlich Notwendige erhalten. Sie sollen kein Bargeld mehr bekommen, das oft zur Refinanzierung von Schleppern dient. Nationale und europäische Maßnahmen müssen auch weiterhin zur Verhinderung des illegalen Zuzugs nach Deutschland zusammenwirken.

Union in Deutschland (UID) 10/1998

Stichwort

Asylbewerberleistungsgesetz

Das Asylbewerberleistungsgesetz trat am 1. November 1993 in Kraft und wurde mit Wirkung vom 1. Juni 1997 geändert. Danach erhalten Asylbewerber, vollziehbar zur Ausreise verpflichtete Ausländer, die über einen Flughafen einreisen wollen und denen die Einreise nicht oder noch nicht gestattet ist, und Bürgerkriegsflüchtlinge mit einer ausländerrechtlichen Aufenthaltsbefugnis Leistungen, die gegenüber den Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz abgesenkt sind.

Kernpunkte des Gesetzes:

- Sicherung des Lebensunterhalts vorrangig durch Sachleistungen.
- Medizinisch notwendige Hilfe bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt.
- Asylbewerber sind verpflichtet, für die Dauer des Verfahrens ihre Arbeitskraft für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung zu stellen.
- Asylbewerber, die über Einkommen und Vermögen verfügen, haben dieses zuerst aufzubrauchen.
- Die Einschränkungen sollen in der Regel nicht über 36 Monate andauern.

Zuständig für die Durchführung des Gesetzes sind die Länder, sie können die zuständige Behörde und die Kostenträger bestimmen.

Der EURO in den Kommunen

Die Einführung des EURO hat für die Städte, Gemeinden und Kreise sowie für die kommunalen Unternehmen eine Vielzahl von rechtlichen, organisatorischen und technischen Konsequenzen, die praktisch alle kommunalen Arbeitsfelder betreffen.

Gerade die Dienstleistungsbereiche, die im Hinblick auf die Währungsumstellung am Standort Kommune nicht unwesentlich zur Akzeptanz des EURO bei den Bürgern (= Kunden) beitragen, können für ihre Vorbereitung auf kompetente und praxisorientierte Begleitung rechnen.

Im Auftrag des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes wurden zwei Arbeitshilfen erstellt: „Der EURO in Kommunen“ und „Der EURO: Koordination zwischen Kommunen und ihren Unternehmen“. Die erste Broschüre behandelt schwerpunktmäßig die notwendigen Umstellungen innerhalb der Kommunen: von der Finanz- und Haushaltswirtschaft über das Satzungsrecht und die Abgaben bis hin zur Technik und Organisation. Auch werden Fragen der Kommunikation (mit den Mitarbeitern, dem Rat und der Öffentlichkeit) angemessen behandelt. Maßnahmen zur Koordination der Währungsumstellung an der Schnittstelle zwischen Kommunen und kommunalen Unternehmen stehen im Zentrum der zweiten Arbeitshilfe. Das Spektrum der Empfehlungen und Handlungsvorschläge reicht von den Satzungs- und Vertragsbeziehungen über eine abgestimmte Gebühren- und Preispolitik, Tarifgenehmigungen bis hin zur gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit.

Einen „EURO-Leitfaden für die Städte“ hat der Deutsche Städtetag herausgegeben. Im Mittelpunkt des Leitfadens stehen Praxisfragen bei der EURO-Umstellung mit Musterarbeitsblättern und einem kommunalen Umstellungskonzept. Außerdem werden auch hier Informationsstrategien entwickelt, um das Verständnis der kommunalen Mitarbeiter für das Projekt EURO zu fördern.

Checklisten und Arbeitsmaterialien für die kommunale EURO-Umstellung hat



auch die Deutsche Bank herausgegeben. Unter dem Titel „Kommunen meistern den EURO“ geht es dabei vor allem um die Themen Verwaltungssteuerung, Finanz- und Haushaltswirtschaft, kommunales Satzungsrecht und Informationstechnik. Der Leitfaden kann gegen eine Schutzgebühr von 25,- DM bei der Deutschen Bank (Fax: 069/91 06 20 00) bestellt werden.

aus: EURO-intern vom 9. März

Argumente

Zur gesamtwirtschaftlichen Steuerbelastung

Die gesamtwirtschaftliche Steuerbelastung in der Bundesrepublik Deutschland war in den vergangenen Jahrzehnten noch nie so niedrig wie heute.

● 1997 erreichen die gesamten Steuereinnahmen nur noch einen Anteil von **21,9 Prozent** am Wert der in Deutschland erwirtschafteten Güter und Dienstleistungen.

● Die im Zuge der deutschen Einheit 1992 auf **23,8 Prozent** gestiegene Steuerquote unterschreitet damit den

unter SPD-Verantwortung erreichten Spitzenwert von **25,1 Prozent** im Jahr 1977.

● Die Steuerquote unterschreitet auch den bisher unter CDU-Verantwortung erreichten niedrigsten Wert von **22,7 Prozent** im Jahr 1990.

Die Folge der Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen:

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit,
- Stärkung der Kaufkraft,
- mehr Arbeitsplätze.

Von der wachstums-, beschäftigungs- und leistungsfreundlichen Steuerpolitik

Entlastung durch die steuerliche Freistellung des Existenzminimums und den Familienleistungsausgleich im Jahr 1998 gegenüber 1995 *

Bruttomonats-einkommen	Alleinstehender Arbeitnehmer (Steuerklasse I/0)	Verheirateter Arbeitnehmer (Steuerklasse III/0)	Verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern (Steuerklasse III/2)
2.000 DM	94,84 DM	0,00 **	209,00 DM **
3.000 DM	42,00 DM	136,83 DM	198,00 DM
4.000 DM	13,92 DM	181,83 DM	234,83 DM
5.000 DM	1,08 DM	133,84 DM	214,50 DM
6.000 DM	0,08 DM	78,33 DM	205,67 DM
7.000 DM	0,08 DM	47,33 DM	161,66 DM
8.000 DM	0,09 DM	25,66 DM	126,66 DM

* ohne Solidaritätszuschlag.

** zahlt keine Lohnsteuer

Quelle: Stollfuß-Tabellen 1995, 1998

**Entlastung durch die steuerliche Freistellung
des Existenzminimums und den Familienleistungsausgleich
im Jahr 1998 gegenüber 1995 ***

Bruttomonats- einkommen	Alleinstehender Arbeitnehmer (Steuerklasse I/0)	Verheirateter Arbeitnehmer (Steuerklasse III/0)	Verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern (Steuerklasse III/2)
3.000 DM	8,39 DM	**	**
4.000 DM	14,40 DM	8,86 DM **	**
5.000 DM	20,71 DM	11,35 DM	**
6.000 DM	27,60 DM	17,72 DM	11,20 DM
7.000 DM	35,27 DM	23,78 DM	17,05 DM
8.000 DM	41,69 DM	29,80 DM	22,86 DM

* unter Einbeziehung der Anhebung des steuerlichen Existenzminimums für kleine und mittlere Einkommen auf 12.365 DM. Für Verheiratete gilt der doppelte Betrag

** Solidaritätszuschlag nicht oder nicht mehr zu entrichten

der CDU-geführten Bundesregierung profitieren auch die Steuerbürger.

● Die Neuregelung des steuerlichen Existenzminimums mit einer Anhebung des Grundfreibetrags von 5.616 DM auf 12.365 DM – für Verheiratete gilt der doppelte Betrag – und der Familienleistungsausgleich kommt kleinen und mittleren Einkommensbeziehern und Familien zugute.

Familien können zwischen einem Steuerfreibetrag je Kind in Höhe von 6,912 DM und dem deutlich angehobenen Kindergeld wählen.

Kindergeld: 220 DM für das erste und zweite Kind, 300 DM für das dritte Kind und 350 DM ab dem vierten Kind.

**Die Steuerzahlen
haben über 20 Mil-
liarden DM mehr
in der Tasche.**

● Wegfall des Kohlepfennigs in Höhe von rund 8 Milliarden DM.

● Seit 1. Januar haben die Arbeitnehmer durch die Senkung des Solidaritätszuschlags um zwei Prozentpunkte auf 5,5 Prozent rund 5,2 Milliarden DM mehr zur Verfügung.

Notwendig bleibt aber trotzdem eine durchgreifende Steuerreform, die Einkommen- und Körperschaftsteuer weiter spar-, investitions- und beschäftigungsfreundlich umgestaltet.

● **Niedriger**
● **einfacher**
● **gerechter**

sind die Attribute eines modernen Steuersystems:

Leistung wird belohnt, Schwarzarbeit und Steuervermeidung werden unattraktiv.

Die Differenz zwischen Brutto und Netto wird geringer.

● **Verdeckte Verführung**

- Dokumentation, DIN A4

Die „Erfurter Erklärung“ und die Bündnispolitik der PDS im Wahljahr 1998

Wer über die „Erfurter Erklärung“ spricht, muß die Hintergründe kennen, muß wissen, wer was damit bezweckt und welche Strategie damit verfolgt wird. Die „Erfurter Erklärung“ ist Teil eines umfassenden, langfristig angelegten, wohlüberlegten Konzepts der PDS.

Es lohnt sich, hinter die Kulissen zu blicken, wie Patrick Moreau in dieser Dokumentation schreibt. Die CDU-Landesverbände der jungen Länder haben gemeinsam die Initiative zu der vorliegenden Veröffentlichung ergriffen. Sie haben einen Kreis angesehenen Wissenschaftler und Fachleute wie Patrick Moreau, Manfred Wilke, Peter Maser, Gerhard Hirscher

Verdeckte Verführung

Die Bündnispolitik der PDS und die »Erfurter Erklärung«

CDU

Verdeckte Verführung

Die »Erfurter Erklärung« und die Bündnispolitik der PDS im Wahljahr 1998

CDU

und Hermann Gleumes um Beiträge für die Diskussion gebeten, damit diese mit der notwendigen Grundsätzlichkeit geführt werden kann und der Blick hinter die Kulissen der PDS frei wird.

Bestell-Nr.: 5342

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 25,- DM

● **Verdeckte Verführung**

-Kurzfassung, DIN A6

Bestell-Nr.: 5341

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 39,- DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

● Politik für Arbeitnehmer

Mit dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung hat die CDU-geführte Bundesregierung ein Gesamtkonzept umgesetzt, das Investitionen erleichtert und das Wachstum stärkt. Die Tarifpartner haben mit moderaten Lohnsteigerungen in der Vergangenheit ihren Beitrag geleistet. Nur so können neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende Arbeitsplätze gesichert werden. Die wirtschaftlichen Daten belegen, daß dieser Weg richtig ist: ein im internationalen Vergleich hohes Wirtschaftswachstum, niedrige Zinsen und vor allem stabile Preise. Jetzt gilt es, dieses hohe Wachstum in neue Beschäftigung umzusetzen. Die vorliegende Broschüre enthält hierzu wichtige Neuregelungen, interessante Zahlen und Daten, die unsere Politik für Wachstum und Beschäftigung erläutern.

Bestell-Nr.: 5330

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 58,00 DM

**Politik
für Arbeit-
nehmerinnen
und
Arbeitnehmer**

CDU

**Bestellungen
an:**

IS-Versandzentrum • Postfach 1164
33759 Versmold • Fax (0 54 23) 4 15 21
E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de
Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

UiD

10/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: **VA** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.